

**Einwohnerratssitzung 2014/2015
Protokoll Nr. 2**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 25. September 2014**
Sitzungszeit 13:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

Protokoll Janine Lipp
Direktwahl 041 329 63 09

25. September 2014 jl

Anwesend

Präsident

Peter Portmann

Einwohnerrat

32 Mitglieder
Esther Bieri (ab 16:15 Uhr)

Gemeinderat

5 Mitglieder

Gemeindeschreiber

Guido Solari

Protokoll

Janine Lipp

Entschuldigt

Enrico Ercolani
Rolf Schmid
Beat Tanner

Traktanden

- | | | | |
|-----|--|------------|----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 13 |
| 2. | <u>Protokoll Nr. 9</u> vom 22. Mai 2014
<u>Protokoll Nr. 10</u> vom 26. Juni 2014 | | Seite 13 |
| 3. | <u>Fragestunde</u>
(max. 30 Min.) | | Seite 14 |
| 4. | <u>Bericht und Antrag:</u> Bebauungsplan Eichhof West 2.
Lesung | Nr. 110/14 | Seite 18 |
| 5. | <u>Bericht und Antrag:</u> Wirkungsbericht
Betreuungsgutschriften und Anpassung Reglement | Nr. 130/14 | Seite 24 |
| 6. | <u>Bericht und Antrag:</u> Leistungsvereinbarung Museum
im Bellpark | Nr. 131/14 | Seite 29 |
| 7. | <u>Bericht Postulat B. Bienz:</u> Öffentliche AE
Defibrillatoren für Kriens | Nr. 065/13 | Seite 36 |
| 8. | <u>Bericht Postulat Hahn:</u> Photovoltaikanlage für das
Tribünengebäude Kleinfeld und das Parkbad Kriens | Nr. 075/13 | Seite 40 |
| 9. | <u>Bericht dringliches Postulat Graber:</u> Bypass, so nicht! | Nr. 123/14 | Seite 43 |
| 10. | <u>Beantwortung Interpellation Takacs:</u> Gleicher Lohn für
gleiche Arbeit | Nr. 104/14 | Seite 47 |
| 11. | <u>Beantwortung Interpellation Takacs:</u> Frauenanteil im
Kader der Krienser Verwaltung | Nr. 105/14 | Seite 49 |
| 12. | <u>Beantwortung Interpellation Kobi:</u> Parkplatznutzung
Langsägestrasse | Nr. 108/14 | Seite 50 |
| 13. | <u>Beantwortung Interpellation Hahn:</u> flexibles
Rentenalter für Gemeindeangestellte | Nr. 114/14 | Seite 52 |
| 14. | <u>Beantwortung Interpellation B. Bienz:</u> Verlustscheine
für Steuerschulden | Nr. 117/14 | Seite 52 |
| 15. | <u>Postulat Kobi:</u> Tagesbetreuung für Menschen mit
Demenz zur Entlastung von Angehörigen
<i>Begründung</i> | Nr. 128/14 | Seite 56 |
| 16. | <u>Beantwortung Interpellation Tanner:</u> Kostentreiber
Soziale Wohlfahrt in Kriens
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 084/13 | Seite 61 |
| 17. | <u>Beantwortung Interpellation Ercolani:</u>
Heizungsanlagen in gemeindeeigenen Gebäuden
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 099/14 | Seite 61 |

18. Postulat Ercolani: Beschäftigung von Sozialhilfebezüger
Begründung
aus Zeitgründen abtraktandiert
- Nr. 124/14 Seite 61
-

Neueingangsliste

- Nr. 108/14 Beantwortung Interpellation Kobi: Parkplatznutzung im Gebiet Kupferhammer unterhalb Coop Shop Tankstelle, Langsägestrasse
- Nr. 110/14 Bericht und Antrag: Bebauungsplan Eichhof West, 2. Lesung
- Nr. 130/14 Bericht und Antrag: Wirkungsbericht Betreuungsgutschriften und Anpassung Reglement
- Nr. 131/14 Bericht und Antrag: Leistungsvereinbarung Museum im Bellpark
- Nr. 132/14 Interpellation Koch: Sperrung Hergiswaldstrasse nach Unwetterschäden
Eingang: 28.08.2014
- Nr. 065/14 Bericht Postulat B. Bienz: Öffentliche AE Defibrillatoren für Kriens
- Nr. 123/14 Bericht Postulat Graber: Bypass, so nicht!
- Nr. 077/13 Bericht Postulat Urfer: Ausarbeitung eines Sitzbankkonzepts im Siedlungsgebiet
- Nr. 137/14 Interpellation Koch: Krienser Wagenburg beim Kulturzentrum Südpol – legal oder illegal?
Eingang: 18.09.2014
- Nr. 100/14 Bericht Postulat Takacs: Einbezug von Interessengruppen bei grösseren Investitionen
- Nr. 125/14 Beantwortung Interpellation Fässler: „Runder Tisch“ bei grossen Bauprojekten
- Nr. 122/14 Beantwortung Interpellation Graf: Beitrag SRF über Schweizer Dschihadisten vom 14.05.2014 in der Rundschau
- Nr. 138/14 Postulat Piras: Krienser Kinder und Jugendliche entscheiden mit!
Eingang: 19.09.2014
- Nr. 132/14 Beantwortung Interpellation Koch: Sperrung Hergiswaldstrasse nach Unwetterschäden

Peter Portmann begrüsst alle Anwesenden zur ersten Einwohnerratssitzung unter seiner Führung. Von der Presse sind Luca Wolf, Neue Luzerner Zeitung und Dario Pelosi, Radio SRF, anwesend.

Entschuldigt haben sich Enrico Ercolani, Rolf Schmid und Beat Tanner.

Esther Bieri kommt ca. um 16:15 Uhr.

Die Pause ist von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr vorgesehen. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste sind nach Peter Portmann keine Änderungsanträge eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Mitteilungen seitens des Präsidiums

Der Sportclub Kriens bedankt sich recht herzlich beim ganz Einwohnerrat für den gesammelten Betrag von Fr. 400.00 anlässlich der Präsidentenfeier. Der Betrag wurde auf dem Konto der Juniorenabteilung verbucht.

Mitteilungen seitens des Gemeinderates

Gemäss Matthias Senn wurde heute eine Medienmitteilung versendet, dass die Gemeinde Kriens zusammen mit ewl das Projekt Pilatus gestartet hat. Bei diesem Projekt geht es darum eine engere Zusammenarbeit zu prüfen. Es werden drei Varianten näher betrachtet. Einerseits wird geprüft, ob der Wasserliefervertrag, der seit 15 Jahren besteht, nach dem Jahr 2022 weitergeführt wird. Die zweite Variante ist, dass ewl die Betriebsführung der Wasserversorgung Kriens übernimmt. Bei der dritten Variante würde sich die Gemeinde Kriens an einer gemeinsamen Wasserversorgungs AG beteiligen. Der nächste Meilenstein wird wahrscheinlich im zweiten Quartal 2015 erfolgen, wo dem Einwohnerrat der Planungsbericht mit den Ergebnissen der drei Varianten vorgelegt wird. Das Ziel des Projektes ist, die Versorgungssicherheit zu stärken und langfristig eine hohe Wasserqualität zu garantieren.

2. **Protokoll Nr. 9 vom 22. Mai 2014** **Protokoll Nr. 10 vom 26. Juni 2014**

Peter Portmann stellt fest, dass zu beiden Protokollen keine Änderungsanträge eingegangen sind. Sprachliche Fehler wurden nachträglich korrigiert. Die Protokolle werden somit genehmigt und verdankt.

3. Fragestunde

Davide Piras wurde von mehreren Kriensern über den genauen Stand der vier Zentrumsprojekte gefragt. Wo kann die Bevölkerung nachschauen, wie der Zeitplan und der Fortschritt aussehen?

Gemäss Matthias Senn ist die ganze Terminplanung noch in Erarbeitung. Der aktuelle Stand wird dann im KriensInfo und auch auf der Website publiziert. Vor den Sommerferien gab es bereits einen Bericht im KriensInfo, wo die ersten Schritte aufgelistet wurden. Dies wird periodisch wieder gemacht. Im Moment ist ein Kommunikationskonzept in Erarbeitung, welches demnächst dem Gemeinderat vorgelegt wird.

Alfons Graf hat vernommen, dass in den Heimen keine Berufskleider mehr getragen werden. Ist das nur am Sonntag so?

Lothar Sidler führt aus, dass vorderhand am Sonntag keine speziellen Kleider getragen werden. Da kommen die Angestellten mit den Privatkleidern. Das Ziel ist es, dass während des ganzen Arbeitstages keine speziellen Kleider mehr getragen werden, ausser dann, wenn spezielle Arbeiten bei der Pflege ausgeführt werden müssen. Man hat herausgefunden, dass die Mitarbeitenden, welche ihre privaten Kleider tragen, von den Heimbewohnerinnen und Heimbewohner anders angesprochen werden. Die Dauer des Gesprächs wird so deutlich länger. So besteht das Gefühl eines Subordinationsverhältnisses nicht mehr und so gehen die Heimbewohnerinnen und –bewohner eher auf die Mitarbeitenden zu um das Gespräch zu suchen.

Thomas Lammer möchte wissen, ob die Gemeinde Kriens die Mietkosten für Wohnungen von WSH-Bezügern direkt dem Vermieter oder an die WSH-Beziehenden auszahlen, damit diese dann die Miete begleichen?

Gemäss Lothar Sidler ist dies individuell. Es gibt WSH-Bezüger denen der Mietzins ausbezahlt wird, damit sie es dem Vermieter zahlen können. Das wird gemacht, solange der Mietzins auch tatsächlich bezahlt wird. Es gibt jedoch auch Klienten bei denen der Mietzins direkt dem Vermieter bezahlt wird. Es ist aber nicht so, dass zwischen der Gemeinde und dem Vermieter ein direktes Mietverhältnis besteht.

Laut Mario Urfer wurde ihm an der Kulinarischen Wanderung gesagt, dass der Rollstuhlflift beim Eichhof defekt ist. Hat man dies dem Kanton mitgeteilt, damit dies behoben wird?

Matthias Senn hat dies erst kürzlich gehört. Es wird dem Kanton gemeldet.

Bruno Bienz wurde letzte Woche von einem Hausbesitzer im Hochwald angegangen. Er möchte wissen, wie es nun weitergeht. Es sei für ihn eine Zumutung, solange zu warten bis er Bescheid erhält.

Das Baudepartement hat gemäss Matthias Senn in der Zwischenzeit 30 Stellungnahmen vom Kanton erhalten. Davon sind zehn insofern entscheidungsbereit, bei denen in der Zwischen-

zeit das rechtliche Gehör gewährt wurde. Es braucht auch beim Kanton seine Zeit, die entsprechenden Ressourcen bereitgestellt werden müssen. Dieser muss dies neben all den ordentlichen Baubewilligungen bearbeiten. Letzten Montag fand eine Sitzung statt, wo eine Entscheidungsmatrix zusammengestellt wurde. Nach den Herbstferien wird diese dem Gemeinderat unterbreitet und danach können die ersten Entscheide gefällt werden.

Christine Kaufmann-Wolf hat über verschiedene Umwege gehört, dass der Gemeinderat einen Schülerhort beim Feuerwehr/Werkhof-Gebäude plant. Wie stellt sich das der Gemeinderat vor, dass ein optimales Nebeneinander der verschiedenen Anspruchsgruppen funktioniert.

Gemäss Cyrill Wiget wurde verschiedentlich über das Projekt diskutiert, ob das Gebäude zu gross ist oder nicht. Seitens des Werkhofes und der Feuerwehr hat man sich immer gegen eine starke Reduktion gewehrt. Die ebenerdigen Flächen sind interessant, wo man mit den Fahrzeugen hineinfahren kann. Das führt natürlich dazu, dass man im 1. Obergeschoss gewisse Reserven hat. Nun weiss man, dass man in diesem Gebiet wegen der Sanierung der Kantonsstrasse viel Land verlieren wird und im Schulhaus kein Platz für ein Hortangebot besteht. So liegt es auf der Hand, dass man eine Synergienutzung andenkt. Man kann die Eingänge baulich sauber trennen und mit den Räumlichkeiten dazwischen sollte es keine Konflikte geben. Diese Räumlichkeiten sind direkt über den Schulhausplatz erreichbar. Auch der Spielplatz in diesem Gebiet, wo bereits ein Kredit gesprochen wurde, kann man optimal für das Quartier, die Schule und den Hort kombinieren.

Alfons Graf führt aus, dass diesen Frühling ein Biker Rennen in die Krienseregg stattgefunden hat. Er fragt sich, wie der Gemeinderat dies bewilligen konnte, da ja der Hochwald angeblich ein hoch sensibles Gebiet ist.

Laut Cyrill Wiget fand das Rennen auf den hochoffiziellen Strassen bis zum Naturfreundehaus statt. Es war nicht in einem hoch sensiblen Gebiet, sondern auf asphaltierten Strassen. Es nahmen gerade nur 12 Velofahrer teil. Während dieser Zeit bikten bestimmt noch ähnlich viele Leute in der Krienseregg.

Roger Erni hat gehört, dass beim Sportclub Kriens die nächste Sitzung stattgefunden hat. Wie ist der aktuelle Stand beim Stadion?

Im SCK Magazin wurde gemäss Cyrill Wiget ein Interview mit Bruno Galliker gemacht. Dieser sagt: „*Ich bin guten Mutes und denke es liegt nun vor allem an uns die Sache in die Hand zu nehmen.*“ Der Gemeinderat hat vor fast zwei Jahren die Rahmenbedingungen gestellt. Die 2 Mio. Franken sind immer noch im Finanzplan drin. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen ist es nun am Sportclub, ein Projekt aufzulegen.

Laut Erich Tschümperlin ist im Böschenhof ein Projekt eingegangen. Die Bevölkerung schaut sensibel hin. Wie ist der Stand dieses Projekts und wurde dies bewilligt?

Matthias Senn führt aus, dass es einen Bericht in der NLZ gab. Vor den Sommerferien wurde die Baubewilligung vom Gemeinderat erteilt, nachdem diese bereits durch die Dienststelle rawi genehmigt wurde. Es ist so, dass bei Bebauungen ausserhalb der Bauzone das rawi ent-

scheidet, ob eine Baubewilligung erteilt werden kann oder nicht. Die Gemeinde hat diesen Entscheid noch zu eröffnen. Er möchte nochmals darauf hinweisen, dass dies das zweite Projekt ist. Es ist nicht die Villa mit Swimmingpool geplant, sondern ein Gebäude, welches mehr oder weniger wesensgleich zum heutigen Gebäude ist.

Roland Schwizer möchte wissen, in welchem Umfang die Gemeinde für Standplätze von Fahrenden angefragt wurde.

Matthias Senn teilt mit, dass man in den letzten sechs Jahren keine Anfragen von Fahrenden hatte.

Martin Heiz führt aus, dass das USD ja einen neuen Abteilungsleiter hat, welcher im Vorstand von Pro Natura Luzern ist. Beim Hochwald sind 100 Einsprachen von der Pro Natura eingegangen. Er möchte wissen, ob der Abteilungsleiter in den Ausstand tritt. Er ist der Meinung, dass der Abteilungsleiter diese Baugesuche nie zu Gesicht bekommen darf.

Paul Winiker erklärt, dass wenn jemand eine Organfunktion in einer privaten Institution hat, tritt dieser selbstverständlich in den Ausstand, wenn bei einem Verfahren diese Institution Einsprecherin ist. Dies wurde bei der Einstellung ganz klar thematisiert und die Spielregeln sind so festgelegt.

Gemäss Judith Mathis-Wicki sind beim geplanten Asylzentrum Grosshof noch Einsprachen hängig. Weiss der Gemeinderat bis wann diese bereinigt sind und wann der Baubeginn ist?

Lothar Sidler kann nicht sagen, wann das Verfahren abgeschlossen ist. Er kann nur zum Verfahrensstand etwas mitteilen. Das Verfahren ist im Moment beim Kantonsgericht hängig. Der doppelte Rechtschriftenwechsel für die Parteien ist abgeschlossen. Es liegen also alle Grundlagen vor, damit das Kantonsgericht ein Urteil fällen kann.

Alfons Graf meint, dass dem Schiessverein zugestanden wurde, dass sie nach Abriss des Gemeindegewerks ein neues Lokal erhalten. Wurde man hier schon fündig?

Laut Matthias Senn wurde dies nie zugestanden. Ein Ersatz für die Luftgewehrschützen wurde auch nie gefordert, als man diesen Rausersatz auch für andere Nutzungen gesucht hat. Es ist klar wenn ihnen etwas zu Ohren kommt, melden sie sich bei diesem Verein. Dieses Anliegen der Luftgewehrschützen ist dem Gemeinderat neu.

René Zosso führt aus, dass wenn man auf der Krienser Homepage nach der Bau- und Zonenordnung sucht, ist immer noch die Version von 2008 online. Er möchte wissen wie der Stand ist und ab wann diese in Kraft tritt?

Gemäss Matthias Senn wird das Bau- und Zonenreglement demnächst aufgeschaltet. Es gibt noch zwei Artikel, welche rot drin sind, weil diese noch nicht rechtskräftig sind. Zum einen ist es der Mobilfunkartikel und die Bedingungen zum Mattenhof 2, wegen der Beschwerde der

Stadt Luzern. Beim Mobilfunkartikel ist in der Zwischenzeit etwas gelaufen, indem der Regierungsrat einen Entscheid erlassen hat. Die Einsprache der Swisscom wurde teilweise gutgeheissen. Bei den abgelehnten Punkten hat die Swisscom nochmals Beschwerde ans Kantonsgericht gemacht. Dort geht es insbesondere um die Differenz, ob Antennen in der Ortsbildschutzzone oder auf Kulturgütern nicht sichtbar sein dürfen, wie Kriens dies formuliert hat, oder nicht wahrnehmbar sind. Die Swisscom interpretiert dies unterschiedlich, weil es angeblich Bundesgerichtsentscheide gibt, welche besagen, dass dies nicht das Gleiche ist. Es wird wahrscheinlich noch etwas dauern, bis dieser Artikel rechtskräftig wird.

Alfons Graf stellt fest, dass an Donnerstagen, Freitagen und Samstagen Stände auf dem Dorfplatz sind. Letzten Samstag war dies ein renommiertes Velogeschäft. Müssen diese Geschäfte etwas bezahlen?

Gemäss Matthias Senn müssen alle gewerblichen Stände selbstverständlich dafür bezahlen. Es gibt einheitliche Preise. Davon ausgeschlossen sind jedoch Parteien und Vereine. Es wäre schön, wenn noch mehr Firmen den Dorfplatz nutzen und ihre Produkte der Bevölkerung anpreisen.

Christine Kaufmann-Wolf war etwas irritiert beim Durchlesen der Baukommissionsprotokolle.

Peter Portmann unterbricht Christine Kaufmann-Wolf. Die Kommissionsprotokolle unterliegen dem Kommissionsgeheimnis.

Alfons Graf hat im Salesiapark Private mit dem Rasenmäher gesehen. Wer ist dort für den Unterhalt zuständig? Ist es nicht die Gemeinde?

Laut Cyrrill Wiget wurde dies einem privaten Unternehmen übergeben, welche dies mit geschützten Arbeitsplätzen unterhält. Früher machte dies der Werkdienst.

Christine Kaufmann-Wolf stellt die Frage, ob man jetzt bei der Hergiswaldbrücke eine denkmalpflegerische Rückbausanierung vornimmt, obwohl dies abgelehnt wurde.

Matthias Senn führt aus, dass der Einwohnerrat bei der Renovation für die alte Hergiswaldbrücke einen Kredit von Fr. 140'000.00 genehmigte. Es gab verschiedene Varianten, unter anderem auch eine denkmalgerechte Sanierung, welche etwa Fr. 420'000.00 gekostet hätte. Nach dieser Einwohnerratssitzung wurde man darauf aufmerksam gemacht, dass für solche denkmalgeschützten Verkehrswege durchaus der Bund Geld sprechen würde. ViaStoria hat Kriens unterstützt und die Denkmalpflege bezahlt. Sie hat 20 Stiftungen angeschrieben, welche hier mitfinanzieren. Als einzige hat ProPatria Fr. 10'000.00 zugesichert. In einem zweiten Schritt gab es ein Gesuch ans ASTRA, historische Verkehrswege. Der Entscheid kam vor mehr als einem Monat. Sie sind bereit max. 1/3 resp. max. Fr. 140'000.00 an eine denkmalgerechte Sanierung der alten Hergiswaldbrücke zu bezahlen. Es wird nun noch geklärt, was dies gesamthaft kosten würde. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass man hier keinen Einwohnerratsentscheid verletzt, da es vor allem um die Finanzen ging. Man ist nicht der Meinung, dass der Einwohnerrat den Kredit nicht gekürzt hat, weil er keine denkmalgerechte Sanierung möchte. Die Denkmalpflege ist sehr froh, wenn dies so gemacht werden kann.

Viktor Bienz möchte wissen, wie weit im neuen Waldnutzungskonzept die Energiegewinnung und –verwertung in Kriens berücksichtigt wird? Weiss man was für ein Potenzial in den Krienser Wäldern ist?

Cyrell Wiget hatte dieses Konzept noch gar nicht auf dem Pult, weil dieses noch in Arbeit ist. Es ist so, dass es widersprüchliche Interessen gibt. In ganz steilen Lagen ist es interessanter Totholzinseln zu machen. So erhält man den Waldpreis bezahlt und kann etwas für die Biodiversität machen. In gut zugänglichen flachen Gebieten sieht man selbstverständlich die Waldnutzung im Vordergrund.

Davide Piras hat vernommen, dass der Mittagstisch „Messer und Gabeldingen“ auf Geldsuche ist. Wie unterstützt die Gemeinde diesen Verein?

Gemäss Cyrell Wiget wird es so gehandhabt, dass für die Mittagstische einfach die Räumlichkeiten und Infrastrukturen zur Verfügung gestellt werden. Diese Vereine müssen sich selber finanzieren können. Diese sind deshalb auch nicht im Budget. Wenn daraus ein Hort gemacht würde, ist es etwas anderes. Dann würden sie auch eine Leistungsvereinbarung erhalten.

4. Bericht und Antrag: Bebauungsplan Eichhof West, 2. Lesung Nr. 110/14

Laut Martin Heiz ist die BK enttäuscht, dass der Vorschlag des Investor BVK seitens der Einsprecher nicht angenommen wurde und es somit eine gütliche Einigung verhindert wurde. Der Investor ist den Einsprechern sehr weit entgegengekommen. Ein Beispiel dafür ist, dass nur noch ein Hochhaus geplant ist und auch dieses Hochhaus wurde in der Höhe noch sehr weit zurückgestutzt. Auch die anderen Kubaturen wurden geändert etc. Leider ist der partizipative Weg aber gescheitert, was alle Parteien äusserst bedauern. Aber etwas Gutes hatte dieser Weg, der nach dem nicht Eintreten anlässlich des ersten Projektes begangen worden ist. Jetzt sind sich in der BK alle Parteien einig geworden. Man bedauert auch die Androhung seitens der Einsprecher, man werde weitere rechtliche Schritte einleiten, sollte man an diesem Projekt festhalten. Man war auch von einzelnen seitens der Parteien immer noch der Meinung, dass man nicht gegen die Hochhäuser war, sondern dass einzelne Puzzleteile beim ersten Projekt noch gefehlt haben. Auch wurde nochmals gesagt, dass das vorliegende Projekt wirklich ein Kompromiss ist und dass das erste Projekt wirklich ein Meilenstein am Tor zu Kriens gewesen wäre. Das ist aber leider jetzt vorbei und man muss mit dem neuen Projekt leben. Die einzelnen Punkte der Einsprache wurden behandelt. Die BK folgte einstimmig dem Antrag des Gemeinderates und stimmte dem vorliegenden Beschlusstext einstimmig zu. Die BK wünscht dem Investor, dass dieses Projekt, welche eine klare Aufwertung vom Eingang zu Kriens bedeutet, so schnell als möglich realisiert werden kann.

Die USK hat gemäss Raphael Spörri an der Sitzung vom 15. September 2014 das Geschäft Bebauungsplan Eichhof, 2. Lesung ebenfalls diskutiert und besprochen. Die USK steht nach der partizipativen und sehr demokratischen Vorgeschichte weiter hinter dem Projekt Eichhof West. Mit Bedauern nimmt man zur Kenntnis, dass ein paar Uneinsichtige das Wohlwollen der Bauherrschaft und das Entgegenkommen des Einwohnerrats missbrauchen, um ihre Eigeninteresse über das Gemeinwohl zu stellen. Es gibt nun mal kein Recht auf Aussicht und es muss das Bestreben sein, im urbanen Gebiet verdichtet zu bauen. Dies liegt der USK insbe-

sondere am Herzen, da sie auch die Kommission der Umwelt ist und keine Zersiedelung wünscht. Diese Einsprache wird die Gemeinde Kriens teuer zu stehen kommen. Schlussendlich werden die Steuerzahler für diesen Egoismus zur Kasse gebeten. Sind die Einsprechenden sich dessen bewusst? Ja man hört es heraus, die USK ist sich über alle Parteigrenzen hinweg sich einig, aber bitter enttäuscht.

Peter Portmann ergänzt, da es sich um die 2. Lesung handelt und findet keine Eintretensdebatte statt. Die Fraktionen können ihre grundsätzliche Haltung darlegen.

Der CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist es gemäss Viktor Bienz wichtig, dass die in der ersten Lesung geforderten Änderungen diskutiert, Abwägungen gemacht und Kompromisse gesucht werden. Die Resultate sind aus ihrer Sicht in den B+A auf die zweite Lesung nun eingeflossen. Sie stellt fest, dass heute ein wesentlich besseres Projekt auf dem Tisch liegt und dies in verschiedener Hinsicht. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion möchte an dieser Stellen Allen danken, die sich in den Verhandlungen, wie auch an den Rudentischgesprächen kompromiss- und verhandlungsbereit eingesetzt haben, um so eine gute Lösung für Kriens an diesem Wohngebiet zu erarbeiten. An dieser Stelle möchte der Sprechende es noch einmal betonen, dass die CVP/JCVP/GLP-Fraktion nie gegen die Hochhäuser war, sondern immer die Interessen verfolgte eine Verbesserung des Projektes zu bewirken und dies auch verlangte. Heute steht die Fraktion hinter dem B+A des Gemeinderats. Die erwähnten Einsprachen lehnt sie ab. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion fordert aber den Gemeinderat auf, das Projekt laufend dem Beirat Städtebau zu unterbreiten, um so eine städtebauliche Kontrolle zu erhalten und eine Qualitätssicherung zu sichern. Die CVP/JCVP/GLP Fraktion stimmt dem B+A zu.

Gemäss Martin Heiz steht die SVP-Fraktion hinter diesem B+A, so wie er vorliegt. Es wurde eingehend diskutiert. In der SVP-Fraktion ist die Enttäuschung gross, dass man hier fundamentalistische Opposition macht. Der Sprechende glaubt, dass sehr viele Stunden investiert wurden. Am Schluss sind sich eigentlich nur die Parteien einig und diese, welche eingeladen wurden mitzuarbeiten, haben die Einsprache trotzdem gemacht. Das findet die SVP-Fraktion nicht gut. In Zukunft muss die Mitwirkung nur unter den Parteien und dem Investor gemacht werden. So wären sich wenigstens die Parteien einig und man hätte eine Stimme. Die SVP-Fraktion bedauert es, dass man sich hier nicht Kompromissbereit gestellt hat. Sie unterstützt dieses Projekt und kann mit dieser Kompromisslösung leben. Wenn der Investor damit auch leben kann, ist sie zufrieden. Die SVP-Fraktion wird dem B+A einstimmig zustimmen.

Die FDP-Fraktion hat laut Thomas Lammer bereits in der ersten Lesung gesagt, dass das Gesamt-Projekt Eichhof West eine positive Entwicklung erfahren hat. Nach langen Diskussionen im Rat, vor allem aber durch die Einsetzung des zeitintensiven, aber durchaus positiven runden Tisches, hat sie gehofft, dieses Geschäft heute abschliessend behandeln zu können. Zumal auch das Komitee gegen bauliche Willkür von einer Verbesserung sprach. Damit wäre in Kriens ein wichtiger baulicher Entwicklungsschritt gelungen. Leider scheint dies aber noch nicht der Fall zu sein. Trotz Entgegenkommen der Bauherrschaft, aber auch der Parteien, liegt eine Einsprache vor. Obwohl diese natürlich rechtens ist, kann die FDP-Fraktion die Beweggründe nur schwer nachvollziehen. Fakt ist, dass es zu weiteren Verzögerungen kommen wird. Das ist aus ihrer Sicht sehr bedauerlich und auch stur, hat doch die Bauherrschaft wirklich versucht, den Anliegen der Anwohner weit entgegenzukommen. Auch die FDP-Fraktion als involvierte Teilnehmerin am runden Tisch führt sich an der Nase herumgeführt und vor den Kopf gestossen. Das ärgert. Die Verzögerungen bringen Mehrkosten, die schlussendlich getragen werden müssen. Das einzige was man heute tun kann, ist sein Wort zu halten und dem

Projekt Eichhof West von seitens Einwohnerrat keine weiteren Steine in den Weg zu legen. Die FDP-Fraktion wird den Anträgen des B+A vollumfänglich und einstimmig zustimmen.

Laut Yasikaran Manoharan ist die SP/JUSO-Fraktion mit der Entwicklung des Projektes grundsätzlich zufrieden. Dieses Projekt ist nach wie vor ein gutes Beispiel dafür, dass partizipative Entwicklungsprozesse stark dazu beitragen, zielführende Lösungen zu generieren. Was für Kriens eine Innovation ist, ist in anderen Grossstädten ein gängiges Instrument. Sie ist froh, dass man nun einen attraktiven Projektvorschlag vor sich hat, mit dem vielleicht nicht alle zufrieden sind, aber ein Kompromiss vieler Kriterien gefunden wurde. In der laufenden Phase hat man es mit diversen Einsprachen zu tun, welche Änderungen zum Bebauungsplan anstreben. Die SP/JUSO-Fraktion hat die Einsprachen geprüft und besprochen. Auch in dieser Phase spielen die Maximalquoten nach wie vor eine wichtige Rolle. Die BVK war diesbezüglich in vielerlei Punkten bereit den Einsprechenden entgegenzukommen. Demzufolge auch ein Kompliment an die Investorengruppe, die sich Kompromissbereit zeigt und nach Lösungen zu den Kritikpunkten sucht. Diese Reaktion zeigt aber auch, dass die BVK ihr Bauvorhaben lieber heute als morgen umsetzen will. Mit dem Kompromissvorschlag der BVK wäre die SP/JUSO-Fraktion sehr zufrieden gewesen. Doch die Einsprechenden stellen sich dagegen und drohen weiterhin mit rechtlichen Schritten. Die Absichten scheinen klar zu sein, man möchte den Prozess mit allen Mitteln verzögern und den Bau von Hochhäusern ganz verhindern. Die SP/JUSO-Fraktion kann eine solche Zwängerei nicht befürworten. Sie bedauert, dass man auf das Angebot der BVK zur Höhenreduktion nicht eingegangen ist. Aus diesen Gründen empfiehlt die SP/JUSO-Fraktion die Einsprachen abzuweisen. Nun sollte das Projekt in die nächste Phase weitergehen. Das Verkehrskonzept entlang der Langsägestrasse muss nun konkretisiert werden. Eine Überbauung in einem solchen Ausmass ist dazu verpflichtet, hindernisfreie und behindertengerechtes Wohnen und Leben auf dem Areal anzubieten. Der Investor verdeutlicht dies auch, indem er in seinem Baubeschrieb, nebst Normalwohnungen und Kurzzeitwohnungen auch Wohnungen für ältere Menschen anbieten möchte. Wer ein solches Angebot proklamiert, hat sich auch dementsprechend zu bemühen, sichere und behindertengerechte Verkehrswege zu gewährleisten. Darin sind auch Verkehrswege zu Haltestellen des öffentlichen Verkehrs inbegriffen. Die SP/JUSO-Fraktion spricht damit die Fussgängerunterführung zwischen den Bushaltestellen Grosshof an, welche in ihren Augen nicht ausreichend und zeitgerecht erscheint. Auch wenn die Unterführung erst vor 10 Jahren erneuert wurde, zeigt sie einige Schwachstellen auf. Der Rollstuhllift funktioniere öfters mal nicht. Die Treppe ist für viele ältere Menschen, wie auch für Menschen mit Handicap eine erschwerte Situation. Die SP/JUSO-Fraktion bittet den Gemeinderat, in Hinblick auf das weiter zu bearbeitende Verkehrskonzept, den Grundeigentümer BVK und den Strasseneigentümer Kanton Luzern aufzufordern, die Unterführung auf die heutigen VSS Standards auszurichten. Je nach Möglichkeit soll auch eine Sanierung der Anlage überprüft werden. Dies kann eine Rampe, einen Personenlift oder eine andere alternative Lösung sein. Das Ziel muss sein, sichere und schnelle Wege zu Haltestellen für alle Benutzer zu gewährleisten, unabhängig von ihren physischen Eigenheiten. Ansonsten begrüsst die SP/JUSO-Fraktion den heutigen Stand des Projektes. Sie hat nicht vor den Prozess erheblich zu verzögern und steht für das Eintreten des B+A des Bebauungsplans Eichhof West.

Fabian Takacs führt aus, dass die Grüne/JG-Fraktion nach wie vor der Meinung ist, dass die Zurückweisung des ersten B+A im Jahre 2013 richtig und wichtig gewesen ist. Dank dem gemeinsamen, partizipativen Prozess am runden Tisch, mit allen Parteien und Anwohnenden ist ein mehrheitsfähiges Projekt entstanden. Mit der Verkehrslösung kann die Grüne/JG-Fraktion leben. Anpassungen bei der Erschliessung sind vorgenommen und das Fehlen eines Freiraum-, Ökologie- und Verkehrskonzepts ist ebenfalls behoben worden. Sie wird aber jetzt genau auf die Finger des Gemeinderates schauen und beobachten, ob er sich an die versprochenen verkehrstechnischen Massnahmen hält. Täglich fahren zwischen 2'000-3'000 Velofah-

renden auf diesem Streckenzug. Desto wichtiger ist es, dass während der Bauphase und nach der Fertigstellung eine freie und sichere Fahrt gewährleistet werden kann. Die Grüne/JG-Fraktion steht hinter dem Gemeinderat und dem Entscheid der Baukommission, dass die vorliegenden Einsprachen, soweit sie nicht teilweise gutgeheissen wurden, abgewiesen werden sollten. Die Anwohnenden können sich glücklich schätzen, dass die Gemeinde, die Politik und die Investorin ihnen bei dem Thema Aussicht so entgegengekommen sind. Alle womöglich noch folgenden Versuche das Projekt zum Stolpern oder gar zum Scheitern zu bringen, zeugen eher von einer verbissenen, ja fast schon fanatischen Art und Weise und sind eine Farce gegen den aufwendigen partizipativen Prozess in den letzten Monaten. Dennoch muss jetzt nicht das Vorgehen mit dem Runden Tisch bemängelt werden. Immerhin und das ist schon recht viel, sind alle im Einwohnerrat vertretenen Partei einer Meinung und unterstützen die Stossrichtung des Gemeinderates. Jetzt wird es Zeit, dass das Fleckchen Kriens am Südportal des Sonnenbergtunnels endlich sinnvoller genutzt wird, als nur als Parkplatz für Kleinlastwagen oder andere Fahrzeuge.

Roger Erni stellt den Antrag, dass auch Einzelsprecher noch etwas sagen können.

Abstimmung Worterteilung Einzelsprecher

Mit 26:5 Stimmen wurde der Antrag angenommen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Camenisch, Räto	nein
Dalla Bona, Mara	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	nein
Piras, Davide	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Trüb, Paul	nein
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

Roger Erni hält fest, dass der Einwohnerrat vor zwei Tagen ein E-Mail erhalten hat. Zur zweiten Lesung liegen neun gelb markierte Seiten vor, wo Einsprachen gestellt wurden. Am 17. Mai 2014 hat Peter Fässler eine Interpellation „Runder Tisch bei Gemeindeprojekten“ ge-

macht. Er war schon dort komplett dagegen, weil der Einwohnerrat vom Volk delegiert wurde darüber zu entscheiden. Wenn die Bevölkerung nun miteinbezogen wird, sieht man jetzt wozu es führt. Ein komplettes Desaster. Es geht nun sowieso weiter mit Einsprachen. Diese Leute haben selbstverständlich das Recht dies zu machen. Der Einwohnerrat muss aber schauen, dass er nicht bei weiteren Grossbauprojekten die Entscheidungskompetenz herausgibt. Selbstverständlich sind Einzelinteressen vorhanden. Aber hat jemand schon ein Dankesmail an die Gemeinde oder den Kanton geschickt, als man durch den Autobahnanschluss vor 40 Jahren eine sensationelle Wohlstandsvermehrung bekommen hat? Er ist der Meinung, dass das Gebiet im Stegenhof wahrscheinlich mehr als 50 % Steigerung in der Liegenschaftsbewertung erhalten hat. Das jetzt der Wert wahrscheinlich um 5-10 % heruntergeht, weil ein Hochhaus davor gebaut wird, darf man auch poltern. Aber dass das ganze Projekt so verzögert wird, dass die Investoren mit einem bis zwei Jahren Verzögerung rechnen müssen, kann nicht sein. Im Jahr 2013 hat der Einwohnerrat mit 30:5 Stimmen dem Projekt zugestimmt. Am 25. April 2013 haben keine 20 Personen von Willkür Kriens den Einwohnerrat zu 10:20 umgestimmt. Dass jetzt nicht lösungsorientiert, sondern eigennutzorientiert gehandelt wird, führt zu folgendem. Das nächste Mal wird der Einwohnerrat ein solches Projekt in der ersten Version annehmen, welches vielleicht das weniger gute Projekt ist, im Wissen dass Einzelpersonen auch mit der zweiten Version nicht einverstanden sind. Mit diesem Vorgehen wären die Einsprachen bereits Vergangenheit und man kann mit dem Bau schneller beginnen. Er erinnert an das Gebiet Zihlmatt/Biregg. 55 % der Stimmberechtigten haben entschieden, dass dieses Hochhaus gebaut werden darf. Wer findet das Projekt, wo alles miteinbezogen wurde, nicht gut? Natürlich waren 95 % der Bewohner der Zihlmatt/Biregg dagegen. Es ist klar, dass Leute überstimmt werden. Entwicklung hat mit Verkehr, mit mehr Leuten und mehr Wohlstand zu tun und wahrscheinlich auch mit Lärm. Er weiss nicht, ob sich jemand bedankt hat, als die Autobahn weiter nach vorne genommen wurde und es dadurch weniger Lärm gab. Hinzukommt ist, dass die Fläche, welche überbaut wird überhaupt nicht schön ist, um nicht von „wüst“ zu sprechen. Ein viel besseres Projekt als es nun vorliegt, gibt es wahrscheinlich nicht. Er hofft, dass die Einsprachen noch zurückgezogen werden und dass der Einwohnerrat mit einer gewaltigen Mehrheit diesem B+A zustimmt.

Erich Tschümperlin möchte etwas klarstellen. Ihn hat niemand beeinflusst und er lässt sich auch nicht beeinflussen. Der Einwohnerrat hat das schlechtere Projekt zurückgewiesen und man wird in Zukunft auch kein schlechteres Projekt durchwinken, damit es ein Jahr schneller fertig ist. Einsprachen kommen so oder so. Die Grüne/JG-Fraktion ist überzeugt, dass sich die Rückstellung des Projekts gelohnt hat. Es betrifft den Eingang von Kriens. Das Projekt hat massiv gewonnen. Wenn jetzt noch Einsprachen erhoben werden, findet er dies auch schade. Aber dies ist der rechtsstaatliche Prozess. Diesen kann und will man nicht aushebeln. Die Grüne/JG-Fraktion wird diesen Weg auch in Zukunft gehen, wenn es wieder notwendig ist.

Matthias Senn's Gemütslage ist um einiges besser als am 25. April 2013. Dass alle Fraktionen ja sagen zu einem Bebauungsplan, welches ein Grossprojekt ist, ist grossartig. Eine solche Zustimmung gibt es eigentlich nur bei Werterhaltung von Schulanlagen. Der Gemeinderat ist optimistisch, dass die Zustimmung ein Zeichen setzt und es sich die Einsprechenden wirklich überlegen, ob sie diesen Entscheid nun weiter ziehen. Man darf erinnern, dass an der letzten Sitzung des runden Tisches auch die damaligen Vertretern vom Komitee gegen Bauliche Willkür das Projekt akzeptiert haben. Offenbar haben dies nicht alle Mitglieder akzeptiert. Die Aufgabe des Gemeinderates ist noch nicht abgeschlossen. Es wird in der weiteren Planungsphase geschaut, dass die Qualität sichergestellt werden kann. Es wurden gewisse Vorkehrungen im Bebauungsplanreglement getroffen, dass das Vorprojekt nochmals vorgelegt wird. Auch im Bereich Verkehr gibt es eine weitere Planung.

Detailberatung

Der Gemeinderat beantragt den Bebauungsplan Eichhof in 2. Lesung zu genehmigen.

Peter Portmann liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Der Bebauungsplan Eichhof West, umfassend den Bebauungsplan 1 : 500 sowie das Reglement zum Bebauungsplan vom 20. August 2014, wird festgesetzt.*
2. *Folgende Einsprache wird im Sinne der Erwägungen abgewiesen, soweit sie nicht teilweise gutgeheissen wird:*
 - *Katharina Bernet -Weber, Alfred und Marianne Le Grand, Daniel Le Grand, Herbert und Josy Ulrich-Troxler, Alfred Bürgi, Roland und Silke Peter-Hempel, René Büchi, Gérald Rentsch, vertreten durch lic. jur. Urs Lütolf, Einsprache vom 3. Juli 2014*

Den Einsprechenden wird für die Behandlung der Einsprache der Betrag von Fr. 1'632.00 in Rechnung gestellt. Jede Partei trägt ein Achtel und damit Fr. 204.00, solidarisch haftend.

3. *Der Bebauungsplan ist dem Regierungsrat des Kantons Luzern zur Genehmigung zu unterbreiten.*
4. *Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.*
5. *Der Gemeinderat wird beauftragt, diesen Beschluss zu vollziehen und den Entscheid des Einwohnerrates Kriens über die nicht gütlich erledigte Einsprache mitzuteilen.*

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 110/14:

Der Beschlussestext wird mit 31:0 Stimmen genehmigt.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfelner, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja

Takacs, Fabian	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Trüb, Paul	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

5. Bericht und Antrag: Wirkungsbericht Betreuungsgutschriften und Anpassung Reglement Nr. 130/14

Gemäss Peter Portmann beantragt der Gemeinderat die Beschlussfassung in einer Lesung.

Raphael Spörri führt aus, dass die USK an ihrer Sitzung vom 15. September 2014 das Geschäft über den Wirkungsbericht Betreuungsgutschriften und die Anpassung des Reglements diskutiert und besprochen hat. Die USK hatte vor rund einem halben Jahr die Möglichkeit sich selber ein Bild der vorschulischen Kinderbetreuung im Rahmen eines USK Besuchs im Walter Heinrich Haus zu machen. Sie dankt dem gemeinnützigen Frauenverein und den zuständigen Mitarbeitern der Gemeinde unter der Leitung von Thomas Kost für ihr Engagement und Arbeit zum Wohle der Krienser Jugend. Die USK nimmt den Wirkungsbericht Betreuungsgutscheine wohlwollend zur Kenntnis. Obwohl der Bericht nur eine kurze Zeit abbildet, können die Vorteile der Abgabe von Betreuungsgutscheinen klar dargelegt und bewiesen werden. So ist er breit abgestützt mit Auswertungen der verschiedenen steuerbaren Einkommen, der Auswertung des Nettoeinkommens, sowie telefonischer Befragung der Bezüger von Betreuungsgutschriften. Zusätzlich wurde der Aufwand nicht gescheut, auch die Auswirkung auf die Bezüger von wirtschaftlicher Sozialhilfe zu untersuchen. Die Resultate sprechen für sich und man kann wirklich von einer win-win-Situation sprechen. Der Sprechende blendet zurück. Die Einführung der Betreuungszulagen hatte folgende Veränderungen für das Kinderbetreuungssystem zur Folge:

- Wechsel von Objektfinanzierung zur Subjektfinanzierung. Also den Wechsel von Subventionen an Betreuungseinrichtungen zur Auszahlung an Erziehungsberechtigte
- Eine verbesserte Zugänglichkeit und Rechtsgleichheit. Konkret eine Entwicklung von einem stark rationierten Zugang zu einem universellen Zugang für alle Anspruchsberechtigten.
- Investition in Qualität von Kinderbetreuung, um zu garantieren, dass der Erhöhung der Nachfrage mit einer Erhöhung im Angebot von Krippenplätzen begegnet werden kann.

Der Wirkungsbericht zeigt deutlich auf, warum sich dieses System eignet:

- Lohnt sich die Abgabe von Betreuungsgutscheinen an Haushalte mit Kindern. Dank den Betreuungsgutscheinen lässt sich das Haushaltseinkommen von Alleinerziehenden wie auch von Partnerschaften zu erhöhen. Die Betreuungsgutscheine fördern also die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und tragen zur Existenzsicherung einkommensschwacher Haushalte bei.
- Einkommenssteigerungen lohnen sich auch für die Gemeinden. Eine Erhöhung des Einkommens führt in der Regel zu einer Erhöhung der Steuereinnahmen und einer Reduktion der finanziellen Abhängigkeit der Bezüger von der Gemeinde. Dies erlaubt eine schnellere Herausführung aus der Sozialhilfe.
- Es werden nicht nur die Sozialschwächsten bevorzugt. Je nach Einkommen können auch Krippenplätze an besser Verdienende abgegeben werden. Diese erhalten dann einfach

weniger Betreuungsgutscheine. So ist im Bericht zu lesen, dass auch der Mittelstand profitiert.

Die den Unterlagen beigelegte Analyse von Alma Ramsden stützt den Bericht der Gemeinde auf eindrückliche Art. Beide Arbeiten geben zur Hoffnung Anlass, dass auch über eine längere Periode hinweg sich die Erkenntnisse aus dem Bericht bestätigen. Auf Grund verschiedener Anpassungen im Steuergesetz kam es in der Vergangenheit zu unschönen Situationen in der Vergabe der Betreuungsgutscheine. So ist im Bericht auf Seite 13, oberster Abschnitt zu lesen: „Der Wirkungsbericht hat auf die Problematik hingewiesen, dass durch verschiedene Abzugsmöglichkeiten das steuerbare Einkommen viel tiefer sein kann, als die effektive wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. So mussten mehrere Betreuungsgutscheine gesprochen werden, bei Familien mit einem Einkommen von über Fr. 100'000.00 und Familien mit einem Einkommen von Fr. 60'000.00 Franken gingen fast leer aus.“ Dies ist äusserst unsozial und verlangte nach einer Anpassung im Reglement. Mit der Teilrevision des Reglements wird diesem Missstand entgegengewirkt. Die USK empfiehlt dem Einwohnerrat den Bericht zu den Betreuungsgutscheinen zur Kenntnis zu nehmen und der Teilrevision des Reglements über Betreuungsgutschriften im Vorschulalter zu zustimmen.

Mit grossem Interesse hat die CVP/JCVP/GLP-Fraktion laut Verena Wicki Roth den Wirkungsbericht zu den Betreuungsgutscheinen zur Kenntnis genommen. Der Vorschlag kam ja auch seinerzeit von der CVP und als Familienpartei war ihr dieses Anliegen sehr wichtig. Erfreut konnte sie zur Kenntnis nehmen, dass die Massnahme Wirkung zeigt:

- Es konnten Arbeitsplätze gefördert werden.
- Weniger Menschen sind von der wirtschaftlichen Sozialhilfe abhängig, weil sie durch die gute Betreuung der Kinder einen Erwerb erzielen konnten.
- Durch die Massnahme konnten auch bessere Einkommen für die Familien erzielt werden, die das Steuersubstrat verbessern.

Alles in allem ist so Familie und Beruf besser vereinbar, was ein zentrales Anliegen der CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist. Der Bericht zeigt, dass Familien, die über zwei Jahre von den Betreuungsgutschriften profitieren, eine Einkommenssteigerung von über 9 % haben. Bei über 70 % der Eltern, die von den Betreuungsgutschriften profitierten, zeigt sich eine positive Auswirkung auf die Erwerbstätigkeit. Die Vermutung, dass damit auch beruflich kompetente und alleinerziehende Frauen dem Erwerbsleben weniger lang fernbleiben, kann die CVP/JCVP/GLP-Fraktion auch nachvollziehen. Der Bericht zeigt auch auf, dass wenn weiterer Nachwuchs kommt, wohl das Einkommen zurückgeht, weil ein Elternteil sein Pensum für die Betreuung reduziert. Doch mit der Betreuungsgutschrift kann doch weiterhin ein höheres Arbeitspensum geleistet und ein höheres Einkommen erzielt werden als ohne. Die Betreuungsgutschrift verhindert, dass das Einkommen noch weiter sinkt, weil durch die gute Betreuung der Kinder in den Kitas doch noch ein kleiner Erwerb möglich ist. Bei den Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe zeigt sich, dass die Gemeinde doch fast Fr. 120'000.00 sparen konnte. Das ist erfreulich. Profitierten doch vor allem alleinerziehende Mütter, die dadurch einer Erwerbstätigkeit nachgehen konnten. Es zeigt sich auch, dass dank der Betreuungsgutscheine Familien an der Armutsgrenze keine WSH beziehen müssen. Der Aufwand für die Betreuungskosten war einerseits tiefer als erwartet, andererseits zeigte sich, dass der administrative Aufwand doch höher war. Der Aufwand für die Bearbeitung der Gesuche ist beträchtlich, zumal mehr Gesuche als erwartet eingetroffen sind. Die Begründungen kann die CVP/JCVP/GLP-Fraktion nachvollziehen. Die Teilrevision des Reglements über Betreuungsgutscheine im Vorschulalter kann sie nachvollziehen. Es ist unfair, wenn gut Verdienende durch steuertechnische Abzüge mehr Unterstützung erhalten, als weniger gut Verdienende, die das nicht machen können. Zum Beispiel bei Immobilienbesitz. Die Teilrevision korrigiert hier richtig. Die

CVP/JCVP/GLP-Fraktion wird dem Antrag zustimmen. Sie dankt dem Gemeinderat und den involvierten Mitarbeitenden für die erfolgreiche Umsetzung und den differenzierten Bericht.

Die SVP-Fraktion findet gemäss Patrick Koch den Wirkungsbericht sehr spannend. Gemäss diesem profitiert der Mittelstand von den Betreuungsgutscheinen, was erfreulich ist. Es werden weniger Sozialhilfegelder bezogen und die Gemeinde erhält durch höhere Einkommen sogar mehr Steuersubstrat. Es muss jedoch sicher beachtet werden, dass der Wirkungsbericht nur eine kurze Zeitspanne abdeckt, quasi eine Momentaufnahme ist. Die definitiven Auswirkungen sind noch nicht absehbar. Die SVP-Fraktion will nicht jedes Jahr einen Wirkungsbericht, sondern in 5 Jahren wäre dieser jedoch sicher sinnvoll. Dann kann auch die Aussage überprüft werden, wonach die Betreuungsgutscheine langfristig eine starke Auswirkung auf das Einkommen haben. Vielleicht gibt es die Möglichkeit im Rahmen einer Diplomarbeit eine solche Studie zu machen. Die Weiterentwicklung resp. der Nutzen für die Gemeinde muss weiterhin verfolgt werden.

Die FDP-Fraktion dankt laut Mara Dalla Bona dem Gemeinderat für den Wirkungsbericht Betreuungsgutscheine. Trotz des kurzen Zeitraumes sind die Zahlen sehr erfreulich. Sie ist jedoch der Meinung, dass die Wirkung noch zu unscharf und zu undeutlich ist. Dank der Einführung der Betreuungsgutscheine für Kinder im Vorschulalter konnten die Eltern die Gutscheine nun in der Kita ihrer Wahl einlösen und so auch einfacher einen Betreuungsplatz ihren Wünschen entsprechend finden, sprich Standort, Öffnungszeiten, aber auch einen, dessen pädagogisches Konzept ihnen am besten entsprochen hat. Positiv ist zudem, dass die Gutscheine auch bei der Tageselternvermittlungsstelle eingelöst werden können. Es freut die FDP-Fraktion, dass die Eltern durch die Betreuungsgutscheine mehr arbeiten gehen und dies auch geschätzt wird. Viele Elternteile hätten ihre Arbeit reduzieren oder gar aufgeben müssen und dank diesen Gutscheinen ist dies grossmehrheitlich nicht der Fall. Ein wenig enttäuschend ist jedoch, dass die Einsparung bei den Sozialhilfekosten nach der Einführung der Betreuungsgutscheine nicht auf die erhoffte Zahl von Fr. 800'000.00 gekommen ist und man in den letzten zwei Jahren ca. Fr. 120'000.00 einsparen konnte. Da wünscht sich die FDP-Fraktion noch eine Verbesserung und könnte sich auch eine Kontrolle vorstellen, bei der geschaut wird, ob die Elternteile überhaupt oder nicht noch mehr arbeiten könnten, um weitere Kosten bei der Sozialhilfe einzusparen. Der Systemwechsel konnte in Horw und Luzern weitgehend kostenneutral durchgeführt werden. Die FDP-Fraktion interessiert es, ob in Kriens der Systemwechsel ebenfalls fast kostenneutral durchgeführt worden ist. Sie ist der Meinung, dass der Wirkungsbericht schwer zu interpretieren ist, jedoch wie schon erwähnt sehr erfreulich ist. Nichts desto trotz möchte die FDP-Fraktion ein längerfristiges Ergebnis sehen. Sie nimmt den Wirkungsbericht Betreuungsgutscheine zur Kenntnis und unterstützt die Reglementanpassung des Art. 7, da der erwähnte Fall im Bericht auf keinen Fall nochmals vorkommen darf.

Raphael Spörri führt aus, dass sich die SP/JUSO-Fraktion der Meinung der USK anschliesst und dankt für die wohlwollenden Worte der anderen Parteien.

Gemäss Bruno Bienz dankt die Grüne/JG-Fraktion dem Gemeinderat für den Wirkungsbericht. Er bestätigt grösstenteils ihre Annahmen, wenn auch nicht im erhofften Umfang. Eines ist für sie aber auch klar. Man kann sich nicht zurücklehnen und Däumchen drehen. Die Weiterentwicklung muss vom Gemeinderat immer im Auge behalten werden und nötigenfalls müssen Anpassungen vorgenommen werden. Zudem ist jede vernünftige Ausgabe sinnvoll, wenn dadurch Bezüger von WSH schneller auf eigenen Beinen stehen können. Die Teilrevision des Reglements unterstützt die Grüne/JG-Fraktion. Einmal mehr zeigt sich, dass Steuern als Grundlage für eventuelle Zuschüsse, Betreuungsgutscheine, Krankenkassenvergünstigungen

usw. nur bedingt aussagekräftig sind. Wichtig ist hier sicher, dass der Gemeinderat das Problem erkennt und darauf reagiert. Die Grüne/JG-Fraktion nimmt den Wirkungsbericht zur Kenntnis und stimmt der Änderung des Reglements über Betreuungsgutscheine für Vorschulkinder in einer Lesung zu.

Cyrill Wiget bedankt sich bei den Ratsmitgliedern, dass sie sich so intensiv mit dieser nicht so einfachen Kost auseinandergesetzt haben. Es gab einiges an Zahlenmaterial zu interpretieren. Der Sprechende hat sich bei der Einführung der Betreuungsgutschriften schon über das grosse Wohlwollen im Einwohnerrat gefreut. Kriens war eine der ersten Gemeinde in der Schweiz, die ein solches Reglement hatte. Darum ist es auch nicht weiter erstaunlich, dass an diesem Reglement etwas justiert werden muss. Es handelt sich aber nur um sehr wenige Fälle, die betroffen sind. Der Gemeinderat würde es begrüessen, wenn das Reglement heute so angepasst werden kann. Luca Wolf hat in der NLZ gut gerechnet und festgestellt, dass es nicht ganz 1 Mio. Franken sind, wie man es versprochen hat. Der Gemeinderat ist aber überzeugt, dass diese Rechnung mal 1.5 absolut korrekt ist. Man muss auch sehen, dass die vorgerechneten Einnahmen keine kantonalen Steuern sind. Vorsichtig war man auch bei den Aussagen zu der WSH. Zwischenzeitlich hat eine Steuergesetzrevision genau in diesem Bereich Einfluss genommen. Nicht eingerechnet ist auch, dass etliche KMU's über diesen Weg geschaffen wurden. Es sind einige Kitas aufgegangen. Diese haben Arbeitsplätze geschaffen, welche wieder neue Steuerpflichtige generiert haben. Man soll auch nicht vergessen, dass dies nicht eine rein monetäre Angelegenheit war. Der Gemeinderat hat die Überzeugung, dass sich die Qualität der Kitas verbessert. Die Eltern können die Kita auswählen, welche gut geführt wird. Die anderen Kita's die nicht diese Power haben, haben weniger Kinder und müssen sich etwas einfallen lassen. Das Ganze hat auch einen marktwirtschaftlichen Ansatz. Langfristig kann natürlich auch ein pädagogischer Erfolg erzielt werden. Es handelt sich häufig um Kinder von Alleinerziehenden oder solche die nicht viele deutschsprachenden Kollegen haben, die in der Kita einen Teil des Tages verbringen können. Solche Integrationsmassnahmen sind schlussendlich auch kostensenkend. Es sind noch Fragen von Patrick Koch und Mara Dalla Bona offen, ob man nicht bald wieder einen solchen Bericht machen kann. Die gesamte Kinderbetreuung von Horten, Kita's und Mittagstischen wird mit 20 Stellenprozenten gemacht. Dies erlaubt nicht sofort wieder einen solchen Bericht zu machen. Der Gemeinderat ist gerne bereit, insbesondere in der Kommission wieder darüber zu berichten. Das gleiche gilt auch für die Kontrolle. Sie können nicht wirklich telefonische Stichproben machen, um zu schauen, ob diese Personen auch wirklich bei der Arbeit sind. Es bestand noch die Frage wegen der kostenneutralen Einführung. Bei der Einführung wurde dies versprochen. Es heisst nicht mit den gleichen Mitteln. Damals hat dies so gestimmt. Für gleich viele Kinder konnte man mit gleich vielen Mitteln die Betreuungsgutschriften einführen. Es wurde immer gesagt, dass dieses Modell so gut ist und es eine entsprechende Nachfrage generiert, dass mehr Eltern und Kinder davon profitieren möchten. Dies ist nun auch eingetroffen. Wenn nun mehr Kinder Betreuungsgutschriften beziehen, geht dies deshalb nicht mehr mit dem gleichen Geld. Wenn man Gleiches mit Gleichem verglichen ist es kostenneutral, aber es war ein Ausbau.

Peter Portmann stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung wird nicht verlangt.

Peter Portmann liest den **Beschlussestext** vor:

1. Vom Wirkungsbericht Betreuungsgutscheine 2011 – 2013 wird Kenntnis genommen.
2. Art. 7. des Reglements über Betreuungsgutscheine für Vorschulkinder vom 24. November 2011 wird wie folgt geändert:
„Art. 7 Massgebendes Einkommen
¹Zur Bestimmung des massgebenden Einkommens ist vom steuerbaren Einkommen gemäss der Steuerveranlagung auszugehen. Hinzuzuzählen sind
 - a. die Einkäufe in die berufliche Vorsorge und die Arbeitnehmeranteile der Beiträge von Selbstständig erwerbenden an die berufliche Vorsorge im Sinn von § 40 Absatz 1d des Steuergesetzes.
 - b. Beiträge an anerkannte Formen der Selbstvorsorge gemäss § 40 Absatz 1e des Steuergesetzes
 - c. die Abzüge für den effektiven Liegenschaftsunterhalt selbst genutzter Wohnliegenschaften, welche den Eigenmietwert übersteigen.
 - d. Verrechenbare Geschäftsverluste aus den Vorjahren gemäss §38 des Steuergesetzes
 - e. 10 % des steuerbaren Vermögen²Das massgebende Einkommen wird aufgrund der jeweils neusten rechtskräftigen Steuer-
 veranlagung festgelegt.
³Bei unverheirateten Eltern ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des ganzen Haus-
 halts zu berücksichtigen.
⁴Wenn ein betreutes Kind mit nur einem Elternteil zusammenwohnt und im gleichen
 Haushalt auch die Partnerin oder der Partner dieses Elternteils lebt, so wird, nach zwei
 Jahren des gemeinsamen Haushalts, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des ganzen
 Haushalts berücksichtigt.
3. Ziffer 2 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
4. Mitteilung an den Gemeinderat zum Vollzug

Gemäss Peter Portmann braucht es für die Reglementsanpassung in einer Lesung ein 2/3 Quorum als Zustimmung.

Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 130/14:
Der Beschlusstext wird mit 31:0 Stimmen genehmigt.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja

Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Trüb, Paul	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

6. Bericht und Antrag: Leistungsvereinbarung Museum im Bellpark Nr. 131/14

Peter Portmann begrüsst die Sachverständigen Otto Durrer und Hilar Stadler auf der Tribüne.

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf war für die BiK das Eintreten unbestritten. Es wurde jedoch erwähnt, dass es noch Fragen gibt. Die BiK anerkennt und lobt die sehr gute Arbeit des Vereins Museum im Bellpark. Speziell lobt sie die kompetente, kreative und aussergewöhnliche Leistung des Kurators Hilar Stadler. Dank seinem Beziehungsnetz gelingt es immer wieder, Ausstellungen ins Ausland zu verkaufen. Die verschiedenen Ausstellungen des Museums im Bellpark werden immer wieder positiv in den nationalen Medien präsentiert. Die BiK ist sich bewusst, dass solche erfolgreichen Ausstellungen grosse positive Wirkung für Kriens weit über die Gemeindegrenzen hinaus hat. Durch das MiB werden Leistungen für die Gemeinde erbracht, welche auch ohne eine Leistungsvereinbarung von der Gemeinde dennoch erledigt werden sollten, wie z.B. die Archivierung und Kulturpflege mit der Kulturförderung und der Kulturvermittlung. Die BiK hat die Leistungsvereinbarung sehr intensiv aber sachlich besprochen. Dabei wollte man, obwohl man mit den erbrachten Leistungen in der Vergangenheit sehr zufrieden ist, genau hinsehen. Verschiedene Punkte gaben zu diskutieren:

- Die jährlichen Mehrkosten für die Gemeinde zu Gunsten des Museums. Einerseits anerkennt die BiK die tolle Leistung vom Museum. Andererseits weiss man auch, dass die Gemeinde sparen muss. In der Diskussion fragte man sich schon, wo dieser Betrag eingespart werden kann/soll?
- Ebenfalls fragte sich die BiK, ob und wie die 60 Stunden für projektbezogene Arbeiten eingesetzt werden? Oder werden diese 60 Stunden nur als eine Beschönigung in der Leistungsvereinbarung aufgeführt? Gemäss Auskunft von Gemeinderätin Judith Luthiger-Senn, gibt es diverse Möglichkeiten, diese Leistungen bzw. diese professionelle Unterstützung für gemeinderätliche Aufgaben einzusetzen.
- Einig war man sich, dass mit einer Eventualunterstützung von 25 % durch die Gemeinde, die Quotierung von Sponsoring Partnerschaften durch das Museum der richtige Weg ist. Dadurch werden die Anstrengungen des MiB für erfolgreiche Sponsoring Suche gefördert, unterstützt und belohnt.

Bei der Diskussion wurden verschiedene Anträge gestellt:

- Die neue Vereinbarung soll mit dem gleichbleibenden Betrag von Fr. 290'000.00 abgeschlossen werden. Dieser Antrag wurde mit 2 Ja zu 4 Nein, bei 1 Enthaltung abgelehnt. Die Begründung der Ablehnung ist, dass die sehr gute Arbeit anerkennt und bereits heute mit wenig finanziellen Mitteln das Optimum geleistet wird. Man ist sich auch bewusst, dass eine erfolgreiche Akquirierung von Sponsoring Beiträgen zunehmend schwierig ist. Zwar

- wird die Gemeinde eine finanzielle Mehrleistung erbringen, diese liegt in Anbetracht der erbrachten Leistung und in einem gangbaren Verhältnis.
- Die Leistungsvereinbarung soll nur zwei Jahre statt den fünf Jahren dauern. Dieser Antrag wurde mit 3 Ja zu 4 Nein Stimmen abgelehnt. Die Begründung der Ablehnenden war, dass das MiB genügend Zeit benötigt, um erfolgreiche Ausstellungen zu planen und zu organisieren. Eine Leistungsvereinbarung von nur gerade zwei Jahren, ist für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit Externen, also mit Künstlern und Ausstellern zu unsicher.

Bei der Endabstimmung wurde mit 4:2 Stimmen bei 1 Enthaltung der Leistungsvereinbarung zugestimmt. Die BiK bedankt sich beim Vorstand des MiB, dem Verein, beim Kurator Hilar Stadler und bei allen Mitarbeitenden für ihre professionelle, unermüdliche und kreative Leistung.

Roger Erni führt im Namen der FGK aus, dass das Abstimmungsresultat so grün wie am 19. August 2009 wahrscheinlich heute nicht mehr wird. 16 jetzige Einwohnerräte waren damals dabei. Otto Durrer hat sich in der Kommissionssitzung daran erinnert, fast geweint zu haben. Grund dafür ist vor allem der eine Satz im B+A: „*Der Gemeinderat ist bereit, den jährlichen Beitrag an das Museum im Bellpark zu erhöhen.*“ Und dies in der jetzigen Gemeindefinanz-Situation. An der FGK Sitzung wurde jedoch klar, dass die Weiterführung des Museum im Bellpark über die Fraktionen hinweg unbestritten ist. Kulturpflege, Förderung, Vermittlung, Archivierung und Begegnungsplattform sind wichtige Aufgaben, welche das Museum in Kriens wahrnimmt. Alle Parteien sind für Eintreten. Alle Fraktionen freuen sich am Schaffen des Museums. Alle Parteien haben erkannt, dass ein maximaler Mehrbetrag von Fr. 20'000.00 pro Jahr zu überweisen ist. Dieser Mehrbetrag setzt sich wie folgt zusammen. In der letzten Leistungsvereinbarung wurden 1.55 Mio. Franken über fünf Jahre überwiesen. Dies entspricht Fr. 310'000.00 pro Jahr. In der heute vorliegenden Leistungsvereinbarung geht es um fix 1.53 Mio. Franken über fünf Jahre plus max. Fr. 120'000.00, wenn die Führung des Museums sich in Sachen Sponsoring erfolgreich zeigt. Dies entspricht max. 1.65 Mio. Franken bzw. Fr. 20'000.00 mehr pro Jahr. Der Sprechende will gerade nach dem Aufzeigen der finanziellen Auswirkungen folgendes, wie bereits von Christine Kaufmann-Wolf erläutert, erwähnen. Die Gemeinde hat mit der Genehmigung dieses B+A Nr. 131/2014 einen neuen Mitarbeiter. Er unterstützt den Gemeinderat bei projektbezogenen Arbeiten bis zu 60 Stunden im Jahr, dem Museumszweck entsprechend. Sehr passend wurde von einer Fraktion das Bild eines „Trucklis“ für wertvolle Dinge hervorgeholt. Vielleicht zeigt diese Fraktion diesen schönen Vergleich auch heute im Rat. Die FGK dankt dem MiB für ihre tolle Leistung. Herausragend sind die 21 Jahre lange Tätigkeit von Otto Durrer. Gerade er steht wie der Museumsleiter Hilar Stadler dafür, dass dieses Museum hinter dem Museum in Winterthur die Nummer 2 der „privaten“ Museen in der Schweiz ist. Nun liegt es am Einwohnerrat dies zu honorieren. In der Kommissionsarbeit wurde man von Judith Luthiger-Senn, Hilar Stadler und Otto Durrer ausgezeichnet begleitet. Roger Erni kann aus persönlichen Gesprächen mit den beiden Hauptverantwortlichen versichern, dass dieses Herzblut und dieses Engagement für die Gemeinde ein absoluter Glücksfall ist. Die FGK hat dem B+A Nr. 131/14 einstimmig zugestimmt.

Roland Schwizer von der CVP/JCVP/GLP-Fraktion hält folgendes fest. Es gibt Berichte im Schweizer Fernsehen SRF, Regionaljournal Zentralschweiz, Beiträge in der NZZ, der Coop Zeitung, Schweizer Illustrierten, 20 Minuten und in verschiedenen anderen Medien. Es stellt sich die Frage, welche Krienser Institution trägt mehr dazu bei, dass der Name der Gemeinde Kriens positiv in lokalen, regionalen und nationalen Medien erwähnt wird. Mit dem Museum im Bellpark hat die Gemeinde Kriens einen Kulturbotschafter geschaffen, der weit über die regionalen Grenzen hinaus bekannt ist. Seit 1991 sorgt das kleine Museum in der Villa Florida immer wieder für ein grosses Medieninteresse mit Ausstellungen wie zum Beispiel „Erziehungsanstalt Sonnenberg“, „Ankommen in 6010 Kriens“ oder der Fotoausstellung „Las Vegas Stu-

dio“, die sogar an weitere Museen verkauft werden konnte. Es ist immer wieder erstaunlich, mit welchen bescheidenen Mitteln international anerkannte Ausstellungen konzipiert werden können. Nicht zuletzt ist dies nur möglich mit einem gut funktionierenden Team, das sowohl in kreativen, wie auch in strategischen Fragen am selben Strick zieht. Ein wichtiger Baustein für das gute Arbeiten ist auch das Vorhandensein von genügend finanziellen Mitteln, die eine gewisse Selbständigkeit ermöglicht. Eintrittsgelder, Vereinsbeiträge, Gönner, Sponsoren, Verkauf von Ausstellung und die öffentliche Hand sorgten bisher für eine ausgeglichene Rechnung. Die erste Leistungsvereinbarung aus dem Jahre 2007 wurde nach Ablauf im Jahr 2009 um fünf Jahre verlängert. Dass sich in der Zwischenzeit das politische und wirtschaftliche Umfeld geändert hat, liegt auf der Hand, sodass heute über eine neue Leistungsvereinbarung diskutiert wird. Es hat sich gezeigt, dass im Sponsoring-Bereich ein wichtiger Baustein der Finanzierung nahezu weggebrochen ist. Es ist schwierig in diesem wirtschaftlichen Umfeld Sponsoren für ein Museum zu finden. Denn das heutige Verständnis von Sponsoring ist eine win-win-Situation, in welcher der Geldgeber eine adäquate Gegenleistung erhalten will. Dies ist bei einem kleinen Museum nur schwer zu erzielen. Zudem sind die grossen kulturellen Mäzenen in der Zentralschweiz auch sehr dünn gesät. Das führt nun dazu, dass der vorliegende B+A einen um Fr. 20'000.00 höheren Betrag pro Jahr enthält, als die alte Vereinbarung. In Zeiten der schlechten Gemeindefinanzen ist diese Beitragserhöhung ein happiges Begehren. Gleichzeitig muss man sich die Frage stellen, was Kriens die Kultur im Allgemeinen und das Museum im Bellpark im Speziellen wert ist und was darf die Gemeinde Kriens die Kultur kosten. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist der Meinung, dass dieses Museum auch in der angespannten finanziellen Situation der Gemeinde etwas kosten darf. Mit der neuen Leistungsvereinbarung sollen die wegfallenden Sponsoring-Gelder kompensiert werden. Es darf aber nicht sein, dass die Museumsleitung nicht weiterhin bestrebt sein muss, Sponsoren und Mäzene zu suchen, um die Gesamtrechnung zu entlasten. Mit dem Anreiz, dass die Gemeinde Kriens jeweils 25 % der eingebrachten Sponsoring-Gelder zusätzlich finanziert, sollte ein genügender Ansporn geschaffen sein, das weite Feld der möglichen Sponsoren zu beackern. Man muss in diesem Zusammenhang auch darauf achten, dass andere Leistungsvereinbarungen, wie zum Beispiel derjenige mit dem Gemeinnützigen Frauenverein oder der Spitex nicht anders oder nachteilig behandelt werden. Denn wenn die gratis zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten in einer Vollkostenrechnung ausgewiesen werden müssten, sähe die Bilanz des Museums ganz anders aus. Trotzdem ist die CVP/JCVP/GLP-Fraktion für das Eintreten auf diesen B+A und freut sich auf neue, interessante und spannende Ausstellungen.

Gemäss Hans Fluder, SVP-Fraktion, feierte das Museum im Bellpark inzwischen seinen 20. Geburtstag und erfreut sich konstanter Besucherzahlen. Für die Gemeinde Kriens hat dieses Museum einen grossen Stellenwert. Das Schweizer Fernsehen zeigt jedes Jahr Reportagen über einzelne Ausstellungen und diverse nationale Zeitungen berichten regelmässig über das Schaffen des Museums. Das Museum hat auch keine teuren Stabsstellen, das eher eine Ausnahme für einen so grossen Betrieb ist. So kann das Geld für andere wichtige Zwecke verwendet werden. Die Löhne der Angestellten sind nur moderat gestiegen und der Vorstand leistet jährlich mehr als 700 Stunden Freiwilligenarbeit. Die Museumsangestellten suchen auch immer selber nach Sponsoren, um noch weitere interessante Ausstellungen nach Kriens zu holen. Das Archiv, das in verschiedenen Räumen untergebracht ist, wird von den Mitarbeitenden liebevoll gepflegt und sauber geführt, was von verschiedenen Seiten gelobt und benieden wird. Die SVP-Fraktion steht hinter dem Museum und wird diesen Betrag unterstützen. Sie wird aber den Drohfinger hoch heben. Immer noch mehr "kleinere" Ausgaben verträgt die angeschlagene Gemeindekasse nicht mehr.

Roger Erni von der FDP-Fraktion führt aus, dass man zurück an die Ausstellungen der letzten fünf Jahre denken soll: Erziehungsanstalt Sonnenberg, Ankommen in Kriens, Schauensee oder die aktuelle Ausstellung Pasta über die Geschichte der Gemeinde. Denkt man an die in

der weltweiten für Furore sorgende Ausstellung „Las Vegas Studio“ oder Spelterini. Auch die aktuelle Ausstellung SwitzAIRLand sollte man seiner Meinung nach nicht verpassen. Das Museum im Bellpark hat sich in den letzten fünf Jahren sehr gut entwickelt. Auch die Besucherzahlen konnten konstant gehalten werden. Trotzdem ist die FDP-Fraktion gespalten bei der Thematik des B+A Nr. 131/2014. Kontrovers ist, dass man in diesem B+A in der bekannten kommunal schwierigen finanziellen Situation eine höhere Summe vorfindet, als in der letzten fünf Jahres Periode. Der Vorstand führt im Bericht aus, dass er in diesem engen finanziellen Korsett Kultur auf diesem Level nicht mehr möglich machen kann ohne eine „kleine“ Vergrößerung des Gemeindeanteils. Dort zeigt sich aber der Drohfinger von der SVP-Fraktion und die Inputs der CVP/JCVP/GLP-Fraktion. Die FDP-Fraktion sieht die gleichen Problematiken, dass der Gemeinderat dieser kleinen, jedoch klar nötigen Vergrößerung zugestimmt hat. Eine Mehrheit der FDP-Fraktion ist deshalb für eintreten und Genehmigung des Berichts. Sie wünscht der Museumsleitung viel Gabe, viel Empathie und viel Engagement.

Gemäss Peter Fässler, SP/JUSO-Fraktion, kennen die meisten Anwesenden die folgende Situation. Die eigenen Kinder, meist schon Jugendliche, kommen zu einem mit der Forderung nach mehr Sackgeld. Alles werde teurer, man will mithalten können mit den Kollegen und Kolleginnen, dieses und jenes muss angeschafft werden, um weiterhin dabei zu sein, etc. Die Einen schlucken zweimal leer, Andere werfen die Hände, bei Dritten kommt sofort ein Nein zur Antwort. Meist folgt dann aber eine längere Diskussion über die Notwendigkeit und über den Sinn von mehr Sackgeld. Und da man ja seine Kinder liebt, lenkt man früher oder später doch noch ein. Dieses Beispiel kam dem Sprechenden beim Studieren der neuen Leistungsvereinbarung mit dem Museum im Bellpark in den Sinn. Auch die SP/JUSO-Fraktion liebt das Museum im Bellpark in Kriens. Auch sie schätzt seine innovativen Ausstellungen und Veranstaltungen. Auch sie schätzt es, wenn der Name Kriens im Zusammenhang mit Kultur, mit Ausstellungen, weit über Kriens hinaus in die weite Welt getragen wird. Peter Fässler freut sich jedes Mal, wenn er im Tagesanzeiger einen Artikel über das Museum im Bellpark liest. Auch die SP/JUSO-Fraktion schätzt es, wenn die einheimische Kultur bewahrt, gezeigt und bekannt gemacht wird. Aber mehr Geld dafür ausgeben? Und dies nicht nur in Sackgeldbeiträgen? In jedem der nächsten fünf Jahre? Bei dieser desolaten finanziellen Situation von Kriens? Da sind die statt am Küchentisch in den Fraktionen und hier im Rat geführten Diskussionen nur selbstverständlich. Die SP/JUSO-Fraktion ist sich nach diesen Diskussionen einig, dass die Erhöhung der jährlichen Beiträge der Gemeinde Kriens an das Museum im Bellpark sinnvoll und gerechtfertigt ist. Das Museum im Bellpark ist eine wertvolle kulturelle Institution in der Gemeinde Kriens, die weit über die Gemeindegrenzen hinausstrahlt und Kriens nicht in irgendein Provinz- oder besser gesagt Agglo-Nest verkommen lässt. Positive Schlagzeilen jenseits von Mord und Todschatz und Unwetterschäden kann die Gemeinde sehr gut brauchen. Das Museum im Bellpark setzt seine Mittel zielgerichtet und effizient ein. Der erhöhte Finanzbedarf, um den die Gemeinde angegangen wird, ist transparent erklärbar. Wichtige Sponsoren und Gönner haben ihre Beiträge eingestellt, ein starkes Finanzbein ist geschwächt. Mit dieser Unsicherheit im Gönnerbereich müssen alle Vereine leben, die auf solche Mittel angewiesen sind. Da spricht Peter Fässler aus eigener Erfahrung von seiner Vorstandsarbeit im Verein Mannebüro Luzern. Das Museum im Bellpark geschäftet im Vergleich zu anderen Museen sehr gut. Dies auch dank der Fronarbeit des Vorstandes im Umfang von gut 700 Stunden pro Jahr. Der Wert kann jeder und jede hier selber ausrechnen. Dies ist ein starkes Engagement des Vorstandes für sein Museum. Das Museum im Bellpark wird rege besucht. Dies zeigen die Zahlen der Besucherstatistiken. Beachtet man die eingeschränkten Öffnungszeiten des Museum ergibt dies einen veritablen Besucherschnitt pro Öffnungstag für ein Museum dieser Grösse. Das Museum im Bellpark bietet der Gemeinde Kriens auch einen konkreten Mehrwert im neuen Leistungsvertrag an. Die Gemeinde kann für besondere Aufgaben im Kulturbereich 60 Stunden pro Jahr Mitarbeit des Museums einfordern. Bei den knappen Mitteln im Kulturbereich der Gemeinde Kriens ist dies ein willkommener Zuschlag. Die SP/JUSO-Fraktion ist der Meinung, dass der neu ausgehandelte Leistungsvertrag mit dem

Museum im Bellpark ausgewogen und vertretbar ist. Besonders auch das Finanzierungsmodell, das die eigenen Sponsorensuchaktivitäten des Museums einschliesst. Der Zeithorizont von fünf Jahren ist für die SP/JUSO-Fraktion nachvollziehbar, da Ausstellungen meist eine lange Vorbereitungszeit benötigen und sich dies nur bei einer längerfristigen Planungssicherheit lohnt. Die SP/JUSO-Fraktion würde es aber noch interessieren, wie die kulturellen Aufwände der Gemeinde zum Vergleich zu anderen Gemeinden steht? Wo innerhalb der Gemeinde noch weitere namhafte Kulturbeiträge gesprochen werden? Und wie es mit der Mitgliedschaft der Regionalkonferenz Kultur steht? Die SP/JUSO-Fraktion würde es sehr bedauern, wenn das Museum im Bellpark wegen einem jährlichen Mehraufwand von Fr. 30'000.00 für die Gemeinde Kriens seinen kulturellen Beitrag zur lebenswerten Gemeinde nicht mehr erfüllen könnte und stimmt deshalb dieser Leistungsvereinbarung zu. Gleichzeitig dankt sie allen Beteiligten für ihren grossen Einsatz zur kulturellen Vielfalt in der Gemeinde Kriens.

Die Grüne/JG-Fraktion findet gemäss Fabian Takacs, dass über Kunst und Kultur hier im Einwohnerrat eigentlich viel zu wenig gesprochen wird, gehört es doch so zum alltäglichen Leben dazu, wie viel anderes. Umso mehr freut es die Grüne/JG-Fraktion, wenn sie einen so erfreulichen B+A, wie diesen vom Museum im Bellpark vorgelegt bekommt. Der Leistungsausweis des Museums im Bellpark lässt sich sehen. Vieles wurde bereits gesagt. Die Grüne/JG-Fraktion sagt nicht schlecht, gratuliert und bedankt sich bei den Verantwortlichen des Museums im Bellpark. Die erzeugte schweizweite Ausstrahlung wirkt sich nicht nur positiv auf den Namen Kriens und damit auf das Image aus. Nein, es zeigt eben auch, dass Kriens nicht nur eine Schlafstadt ist, sondern kulturell etwas zu bieten hat. Die Gemeinde kann und muss sich eine weitere Leistungsvereinbarung, mit dem vom Gemeinderat beantragten Sonderkredit von 1.65 Mio. Franken für die nächsten fünf Jahre leisten. Kriens ist grösser als so manche Kantonshauptstadt. Eine Stadt von der Grösse der Gemeinde Kriens muss einfach mindestens eine Institution haben, welche für die Aufarbeitung, Konservierung und Darstellung der lokalen Geschichte, Kulturen, Brauchtümer etc. Verantwortung übernimmt. Mit dem Museum im Bellpark hat man eine solche Institution und sie übernimmt die Aufgaben mit Bravour. Das Museum im Bellpark ist ein Juwel des Krienser Kulturrengagements und eine Aufwertung des Zentrums. Zudem leistet das Museum einen wichtigen Beitrag bei der Krienser Charakterbildung und Identitätsstiftung. Bis jetzt weist das Museum mitunter nur eine solche gute Leistungsbilanz aus, weil viele passionierte Menschen einen enormen, oftmals freiwilligen Einsatz leisten. Dieser Einsatz muss belohnt werden. Es liegt nun am Einwohnerrat dies zu honorieren. Die Mehrkosten sind für die Gemeinde Kriens zudem zweifellos tragbar – die Argumentation mit dem Absprung verschiedener Sponsoren und vor dem Hintergrund der eben besprochenen identitätsstiftenden Aufgabe des Museums scheinen die Mehrkosten vertretbar zu sein. Die Grüne/JG-Fraktion steht hinter der wohl bekanntesten Krienser Kunst- und Kulturinstitution. Sie tritt auf den B+A ein und unterstützt ihn.

Davide Piras berichtet, dass das Museum im Bellpark einer der wichtigsten Träger der Krienser Kultur ist. Sie pflegt, fördert und vermittelt die Krienser Kultur in allen ihren Fassetten. In den letzten fünf Jahren hat der Verein die bestehende Leistungsvereinbarung in allen Bereichen sehr ernst genommen und im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten erfüllt. Im Bereich der Kulturpflege zeigt gerade die aktuelle Ausstellung „Pasta“ wie spannend die Geschichte einer einfachen Teigwarenfabrik sein kann. Das Krienser Museum wächst über Ihren Auftrag hinaus. Sie wird zum Öffentlichkeitsmagneten weit über die Krienser Gemeindegrenzen hinaus. Dies zeigte sich deutlich an der letzten Museumsnacht, wo das Museum regelrecht von Besuchern überrannt wurde. Diese Leistungen werden nicht nur mit dem finanziellen Beitrag der Gemeinde erreicht. Viel mehr entsteht das Resultat durch das Engagement von Menschen, welche viele Stunden freiwillige Arbeit in das Museum investieren. Ganz speziell sollte man hier die Leistung von Hilar Stadler und Otto Durrer nennen, welche unermüdlich für das Museum gearbeitet haben. Wünschenswert wäre noch, dass gerade bei den Ausstellungen

über die Krienser Geschichte mehr Werbung für die Bevölkerung gemacht wird. Die könnte z.B. jährlich mit einem halbseitigen Bericht im Gemeindeteil des Kriens-Info erfolgen. Die JCVP gratuliert dem Verein für die geleistete Arbeit und unterstützt die Leistungsvereinbarung 2015 – 2019.

Katja Staub wohnt noch nicht seit einem Jahrzehnt in Kriens. Ihr ist das Museum im Bellpark nicht so bekannt. Bei allem Respekt und Achtung für das Museum im Bellpark wird dieser Posten im Budget jeweils Schmerzen bereiten. Einerseits ist für sie ein Museum etwas Schönes, aber andererseits ist es nicht zwingend notwendig wie ein Schulhaus.

Kathrin Graber ist von der FDP-Fraktion über die Kehrtwende überrascht. Sie richtet sich nun speziell an die FDP-Fraktion und Katja Staub in der Hoffnung, dass einstimmig dem B+A zugestimmt wird. Aus ihrer Sicht ist die FDP-Fraktion in ihrem Handeln nicht konsequent. Auf der einen Seite anerkennen sie die Leistungen des Museums, aber sind nicht bereit das Geld zu sprechen, damit diese Leistungen weiterhin im gleichen Rahmen erbracht werden können. Es ist eine gute Lösung, wie es der Gemeinderat vorschlägt. Es ist ein Kompromiss, welchen man ganz klar im B+A sieht. Das Museum hat mehr gefordert. Es war nicht irgendein Beitrag, womit sie einfach in Luxus baden würden, sondern es war ein seriös berechneter Betrag. Hier hat die Gemeinde gesagt, dass sie nicht so viel bezahlt. Der Kompromiss besteht darin, dass 60 Arbeitsstunden der Gemeinde abgetreten werden müssen. Diese 60 Stunden werden dann dem Museum für eigene Leistungen fehlen. Es wird auch geschaut, dass der Betrag im zweiten Jahr heruntergestuft wird. Die Sprechende erinnert daran, dass das Museum vor vielen Jahren noch ein selbstständiger Gemeindebetrieb war. Dort hat die Gemeinde Kriens durchschnittlich Fr. 332'000.00 mit zusätzlichen Verwaltungskosten von Fr. 80'000.00 bezahlt. Hier muss man sagen, dass nun eine günstigere und bessere Lösung vorliegt. Man soll nun über seinen Schatten springen und nicht beginnen über die Beiträge zu nörgeln, wenn man wirklich diese Leistung möchte. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion möchte keine Abstriche bei dieser Leistungsvereinbarung. Darum wird sie ganz klar dem B+A zustimmen.

Roger Erni fragt Kathrin Graber, ob sie versteht, dass dies eine Zerreihsprobe ist. Er hat dies mit Hilar Stadler und Otto Durrer bereits besprochen. Er fragt sich, was dem Einwohnerrat alles um die Ohren geschlagen wird, wenn der gesamte Einwohnerrat nun einstimmig zustimmt. Der Sprechende hat eine Motion über die Finanzen gemacht und in zwei Monaten spricht man über den Voranschlag 2015. Wenn die FDP-Fraktion hier alle ja sagen, hören sie dann wieder von den Linken, dass sie inkonsequent sind. Politik ist inkonsequent. Jetzt muss man sich entscheiden. Die FDP-Fraktion wird jedoch grossmehrheitlich zustimmen.

Judith Luthiger-Senn freut sich ausserordentlich, dass alle Fraktionen das Museum als Erfolgsmodell bezeichnen. Dies ist auch eine Anerkennung an Hilar Stadler, Otto Durrer, dem Museumsteam, dem Trägerverein und auch an den Art-Club. Sie alle leisten fantastische Arbeit und werden von allen Anwesenden honoriert. Kriens kann stolz sein auf das Museum im Bellpark. Es wurde gesagt, dass es eine internationale Ausstrahlung hat, identitätsstiftend wirkt und ein Juwel ist. Ein Erfolgsmuseum mit dieser Qualität kostet natürlich etwas. In den Kommissionen wurden die Kosten ganz genau aufgezeigt. Der Gemeinderat kann diesen Mehrbetrag vertreten. Über den Kompromiss wurde hart verhandelt. Das Museum hatte Fr. 340'000.00 gefordert, nun gibt es einen einmaligen Betrag von Fr. 330'000.00 und nachher Fr. 300'000.00 mit einem abgestuften Verfahren. Dies alles aber nur, wenn sie genügend Sponsorenmittel erhalten. Das heisst mit Fr. 120'000.00 Sponsoring-Drittmittel können sie nur diesen Zusatz von Fr. 30'000.00 erreichen. Es wurde gesagt, dass die FDP inkonsequent ist, wenn sie jetzt alle ja sagen. Die Sprechende versichert, dass das Kulturbudget 2015 unter

dem Budget von 2014 liegt. Wenn der Gemeinderat ein Globalbudget vorlegen würde, gäbe es diese Diskussion gar nicht. Freizeit und Kultur machen gerade mal 5 % des gesamten Budgets aus. Freizeit sind 3.5 % und Kultur 1.5 % der gesamten Gemeindeausgaben. Das darf der Gemeinde das Museum wert sein. Dies ist nur ein kleiner Betrag. Darum darf man den Kompromiss annehmen und die Mehrleistung, welche das Museum erbringen muss, wird die Gemeinde auch abrufen. Die erhöhten Kosten begründen sich aus den gestiegenen Lohnkosten. Der Gemeindebeitrag deckt diese nicht einmal ab. Zusätzlich kommen noch Sachaufwände dazu.

Gemäss Erich Tschümperlin ist das Museum im Bellpark ein Juwel. Die Leistung ist unbestritten. Das Museum im Bellpark ist verselbstständig, was speziell von rechts immer wieder gewünscht wird, weil dies effizienter ist. Es ist billiger denn je, wie bereits von Kathrin Graber gehört. Wenn die Finanzen nicht bewilligt werden, will man das Museum in dieser Form nicht mehr. Dann soll man sagen, wo sie abschreiben sollen. Mit dem Wissen, dass es heute durchkommt und dann nein stimmt, um beim nächsten Budget sagen zu können, dass man gegen eine Erhöhung ist, ist scheinheilig. Er dankt für die offenen Worte, dass man das zugeht. Aber eine ehrliche und gradlinige Politik für Kriens ist das nicht. Der Einwohnerrat muss heute dazu stehen, dass einem das Museum im Bellpark mehr wert ist und deshalb mehr Ausgaben gibt. Das Museum kann sich einfach nicht mehr über die Kanäle finanzieren, welche in der Hochkonjunktur noch da waren. Das Sponsoring ist keine einfache Sache. Unter diesem Hintergrund müsste jeder ja sagen können.

Peter Portmann stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung wird nicht verlangt.

Der Gemeinderat beantragt den B+A zu genehmigen.

Peter Portmann liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Die Leistungsvereinbarung mit dem Verein "Museum im Bellpark" für die Jahre 2015 bis 2019 wird genehmigt.*
2. *Für die Dauer der Leistungsvereinbarung wird ein Sonderkredit in der Höhe von Fr. 1'650'000.00 (Beiträge 2015 – 2019 Fr. 1'530'000.00, Eventualverpflichtung Fr. 120'000.00 für die Jahre 2016 – 2019) bewilligt.*
3. *Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.*
4. *Mitteilung an den Gemeinderat zum Vollzug.*

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 131/14:
Der Beschlussestext wird mit 26:2 Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja

Bienz, Viktor	ja
Camenisch, Ráto	ja
Dalla Bona, Mara	nein
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	n.t.
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfelner, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	Enthaltung
Takacs, Fabian	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Trüb, Paul	Enthaltung
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

7. Bericht Postulat B. Bienz: Öffentliche AE Defibrillatoren für Kriens Nr. 065/13

Laut Peter Portmann ist das Postulat im Kompetenzbereich des Gemeinderates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Bruno Bienz hat gemerkt, dass viele Leute nicht wissen, um was es geht. Wenn es eine Notfallsituation gibt, kommt eine Hilfe, die den Notruf absetzt. In der Zeit zwischen dem Notruf und bis zum Eintreffen des Notfallwagens gibt es eine Zeitspanne. Dies kann zwischen 5 bis 20 Minuten dauern. Die Sanitätszentrale 144 ist stark ausgelastet. Vielfach dauert es sehr lange bis sie eintreffen. Nun sind jedoch Bestrebungen im Gange, dass First Responder ausgebildet werden, die diese Zeit überbrücken können. Wenn ein Herznotfall geschieht ist die Zeit der entscheidende Faktor. Wenn kein Sauerstoff mehr da ist, kann das Hirn innerhalb von drei Minuten Schäden davon tragen. Das heisst, man muss sehr schnell reagieren. Im Nothelferkurs lernt jeder die Herzmassage. Die Herzmassage ist jedoch nicht so effizient und ein Ersthelfer ist vor Ort meisten nervös. Deshalb sind in den letzten Jahren die Defibrillatoren aufgekommen. Zu dieser Zeit hat die Sanitätszentrale die Benutzung der Defibrillatoren durch Ersthelfer verboten. Dies ist nun jedoch Standard. Bruno Bienz ist immer wieder überrascht, wie das Thema Defibrillatoren in der Bevölkerung kontrovers diskutiert wird. Bedenklich findet er, dass sich der Gemeinderat erst jetzt mit seinem Vorstoss Gedanken darüber macht. Aber laut diesem Bericht halten sich die Gedanken in einem engen Rahmen. Dabei wäre eigentlich jeder Arbeitgeber verpflichtet, für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zu sorgen. Dazu gehören auch Defibrillatoren. Private Firmen wie z.B. Migros, Pilatusbahnen, Andritz Hydro usw. haben diese Aufgabe vor Jahren angepackt und haben auf ihren Arealen Defibrillatoren installiert und auch dementsprechend Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ausgebildet. Die Gemeinde müsste über diesen Rahmen hinausdenken und auch den Bevölkerungsschutz

miteinbeziehen. Was ist ein automatisierter externer Defibrillator? Ein Defibrillator ist ein medizinisches Gerät, das durch gezielte Stromstösse ein Herz wieder zum Schlagen bringen kann. Für die Defibrillation durch Laienhelfer wurden halb- oder vollautomatische Defibrillatoren, so genannte automatische externe Defibrillatoren (AED), entwickelt. Diese schliessen eine Fehlbedienung aus. Bei AED-Geräten analysiert eine Software den Herzrhythmus selbständig und entscheidet danach, ob eine Defibrillation notwendig ist. Nur bei einem positiven Ergebnis wird die Funktion freigeschaltet und kann durch den Anwender ausgelöst werden. Bei einem Herz-Kreislaufstillstand sollte ein AED-Gerät in weniger als 5 Minuten einsatzbereit sein. Je eher das Gerät eingesetzt werden kann, desto grösser sind die Chancen einer erfolgreichen Reanimation. AED-Geräte sollten deshalb, Feuerlöschern gleich, gut erreichbar und sichtbar, für jeden zugänglich installiert werden. Eine Installation an Informationsschaltern, Portierlogen oder im Eingangsbereich von Kaufhäusern, Gemeindehäusern, Schulen, usw. ist sinnvoll, wenn damit zugleich geschultes Personal zur Verfügung steht. Frei erreichbare AEDs können auch mit einem Alarmsystem verbunden werden, um im Notfall automatisch den Rettungsdienst zu alarmieren bzw. eventuellen Diebstählen oder Vandalismus vorzubeugen. Hier sollten auch die Gemeinden ihre Pflicht wahrnehmen. Die Gemeinde Kriens besitzt auch ein paar Defibrillatoren je einer in der Krauerhalle, im Hallenbad, im Parkbad und bei der Feuerwehr. Diese nützen aber herzlich wenig, wenn diese weggeschlossen sind. Deshalb ist es sehr wichtig, dass es auch Geräte im öffentlichen Raum hat, die 7 x 24 h zugänglich sind. Das ist in anderen Gemeinden schon seit Jahren Standard. Beispiele dafür sind Basel, Zürich, Stans, Hergiswil usw. Dass sich der Gemeinderat bei der ersten Frage hinter dem Datenschutz des 144 versteckt ist für Bruno Bienz nicht nachvollziehbar. Die Gemeinde könnte zumindest ihre eigenen Defibrillatoren auf der Krienser Homepage veröffentlichen. Das wäre doch zumindest ein Anfang und ein klares Zeichen. Verwundert und verärgert hat ihn die Antwort des Gemeinderates auf die 2. Frage. Er beantwortet sie nämlich gar nicht. Dabei zeigt schon der Titel seines Vorstosses, wohin er möchte. Öffentliche, 7 x 24 h frei zugängliche AED-Geräte. Ein kleiner Lichtblick ist wenigstens, dass das Sozialdepartement weitere Abklärungen machen will. Da sollten dann aber Nägel mit Köpfen gemacht werden und nicht Abklärungen bis zum Sankt Nimmerleinstag. Seiner Meinung nach braucht und hat der Gemeinderat diese Kompetenz nicht. Diese ist in Kriens reichlich vorhanden und muss nur abgerufen werden. Denn diese Fragestellungen und Aufgabe müssten einfach an die richtigen Stellen delegiert werden. Bruno Bienz fragt den Gemeinderat, ob ihm bekannt ist, dass in Kriens eine First Responder Gruppe unter Leitung von Martin Heini gegründet wurde. Seiner Meinung nach darf das Postulat nicht abgeschrieben werden, weil die Forderungen nicht erfüllt wurden.

Kathrin Graber führt im Namen der SGK aus, dass Herz- und Kreislaufprobleme in der Schweiz die Nr. 1 bei den Todesursachen sind. Jeder kennt Leute mit Herz- Kreislaufproblemen. Immer wieder wird betont, wie in diesen Situationen jede Minute zählt und es zentral ist, den Betroffenen schnell helfen zu können, damit Rettungschancen signifikant verbessert werden können. Für die Mehrheit der SGK ist der Einsatz von öffentlichen Defibrillatoren eine gute Möglichkeit, den Betroffenen rasch zu helfen und dadurch auch Leben zu retten. Es soll nicht erst ein Todesfall neben einem Defibrillator geschehen, nur weil man den Standort nicht kannte oder nicht wusste, wie man das Gerät bedient. Immer mehr Defibrillatoren werden installiert. Dementsprechend wäre es auch wichtig zu wissen, wo solche in der Öffentlichkeit bereits stehen. Die Antwort des Gemeinderates zeigt, dass die Publikation der Standorte der Defibrillatoren offenbar nicht ganz einfach ist. Bei öffentlichen Defibrillatoren ist für die SGK allerdings nicht nachvollziehbar, weshalb Datenschutzfragen aktuell sein sollten. Bis der Kanton Luzern oder Kriens so weit ist, wie der Kanton Tessin, der schweizweit in diesem Bereich als Vorbild gilt, wird es also leider noch dauern. Die Mehrheit der SGK unterstützt es daher, wenn das Sozialdepartement abklären will, an welchen Standorten bereits solche Defibrillatoren stehen und wo solche noch notwendig wären. Wichtig ist, dass diese Defibrillatoren von den Helfern auch bedient werden können. Einer Mehrheit der SGK schwebt daher die Lösung mit First Responder vor. Das sind freiwillige ausgebildete Personen, die wissen mit einem

Defibrillator umzugehen und von der Sanitätsnotrufnummer 144 bei einem Notruf per SMS informiert werden und rascher bei Notfällen helfen könnten. Die SGK dankt dem Gemeinderat im Voraus für seine Abklärungen, wie der Einsatz von Defibrillatoren verbessert werden kann, und dass er das Ergebnis dieser Abklärungen der SGK präsentieren will.

Gemäss Judith Mathis-Wicki von der CVP/JCVP/GLP-Fraktion, entspricht das Anliegen, welches Bruno Bienz in seinem Postulat formuliert, einem nicht zu unterschätzenden öffentlichen Interesse. Allerorts wird heute die schnelle und unkomplizierte Notversorgung und Reanimation in Notfällen, vor allem auch durch Laien propagiert. Entsprechende Informationen und Ausbildungen stehen überall zur Verfügung. Man hat von Seiten der Notfallmedizin erkannt, dass ein sehr schnelles Eingreifen bei einem Herz-Kreislaufversagen das A und O ist, egal ob dies von einer Fachperson oder von einem Laien gemacht wird. Das heisst ganz einfach, nichts tun ist immer tödlich, handeln kann Leben retten. Dafür ist der Einsatz eines Defibrillators sehr hilfreich, weil er die nötigen Messungen automatisch vornimmt und die richtigen Schritte vorgibt. Die Geräte sind heute selbsterklärend und sprechend. Darum erstaunt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion die Antwort des Gemeinderates, der die Abfrage der Defibrillatortandorte an die Notrufzentrale 144 delegieren will. Dies erscheint ihr keine optimale Lösung für dieses relativ einfach zu lösende Problem zu sein. Es sollte möglich sein, wenigstens die Standorte der öffentlichen Defibrillatoren bekannt zu machen und sie so zu platzieren, dass sie 24h zugänglich sind. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion erwartet vom Gemeinderat, dass er diese beiden Punkte möglichst bald an die Hand nimmt, umsetzt und die Bevölkerung orientiert.

Die SVP-Fraktion nimmt laut Katja Staub den Bericht zur Kenntnis. Kennzeichnung und Veröffentlichung der Standorte der Defibrillatoren findet sie sinnvoll, wenn kein "Schabernack" damit getrieben wird. Das Sozialdepartement will abklären, ob weitere Defibrillatoren nötig sind. Ein Gerät kostet etwa Fr. 7'000.00 und das Bedienen solcher Geräte, wie bereits mehrmals von Räto Camenisch erklärt, ist für den Laien nicht so einfach. Demzufolge wäre evtl. die Ausbildung von First Responder nötig, welche man ansinnen könnte. Das wiederum hätte zur Folge, dass ein Netz dieser First Responder aufgebaut werden müsste. Ein solches Netz aufzubauen und zu koordinieren kann schnell zu einem grossen Projekt mit hohen Kosten führen.

Mario Urfer von der SP/JUSO-Fraktion macht ein fiktives Beispiel. Es ist Samstagvormittag, in der Migros Hofmatt. Die Krienserinnen und Krienser sind beim Einkaufen. Plötzlich sinkt ein Mann mittleren Alters vor der Kasse zu Boden und bleibt bewusstlos liegen. Vier, fünf Personen zücken ihr Telefon und alarmieren den Notruf 144. Die Ambulanz wird in 10 bis 20 Minuten in der Hofmatt Migros eintreffen. Was ist in der Zwischenzeit? Mit Glück erwacht der Mann nach einer Störung wegen zu tiefen Blutdrucks gleich wieder. Aber die Wahrscheinlichkeit, dass es sich um einen Herzstillstand handelt, ist leider sehr viel grösser. In diesen Fällen ist der rasche Einsatz eines Defibrillators lebensrettend. Die Dauer der Sauerstoffunterversorgung ist entscheidend für den Schaden resp. für den Heilungsverlauf. Ohne lebensrettende Massnahmen ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass der Patient stirbt. In der Zwischenzeit sind vier Minuten vergangen. Der Mann ist immer noch nicht ansprechbar. Es dauert noch mindestens fünf Minuten bis zum Eintreffen der Rettungssanitäter. Inzwischen hat das Migros-Personal den betriebseigenen Defibrillator geholt. Eine Kundin hat die Herzmassage aufgenommen, sie ist Pflegefachfrau bei der Spitex Kriens und zufällig beim Einkaufen. Sie kennt den Einsatz von AED's. Das Gerät ist einfach zu bedienen. Sie traut sich, den Mann zu behandeln, nach fünf Minuten seit seiner Bewusstlosigkeit ist sein Puls zwar schwach, aber wieder spürbar. Es ist aber absolut nicht davon auszugehen, dass Laien die Zivilcourage aufbringen, einem Menschen unter Einsatz eines AED's das Leben zu retten. Wichtig wäre daher, dass geübte Personen, welche als Freiwillige ihre Natel-Nummern der Zentrale hinterlegen,

rasch über den Eingang eines Notrufs dieser Art informiert werden. Diese Freiwilligen werden dann kontaktiert, wenn ein Notruf in ihrer räumlichen Nähe eingeht. Die Chance besteht dann, dass sie schnell am Ort des Geschehens sind. Dieses System wird im Kanton Tessin flächendeckend eingesetzt. Das Postulat Bienz verlangt zu prüfen, ob die bekannten AED-Standorte auf der Homepage der Gemeinde Kriens veröffentlicht werden und ob die gemeindeeigenen Standorte zugänglich und beschildert werden können. Die SP/JUSO-Fraktion ist sehr dafür, dass das Sozialdepartement die Punkte des Postulats prüft. Es ist wichtig, dass das AED-Netz breit bekannt und zugänglich ist. Sie regt zusätzlich an, den Aufbau von geschulten First Respondern in die Überlegungen miteinzubeziehen.

Bruno Bienz, Grüne/JG-Fraktion, möchte kurz auf die Voten eingehen. Alle grösseren Migros haben Defibrillatoren und die Mitarbeiter sind geschult. Der Datenschutz wird nun etwas nach oben geschaukelt. Der Notruf 144 hat ein sehr starkes Interesse daran, dass die Defibrillatoren öffentlich sind. Aber sie sind in einer Zwickmühle, weil sie die Daten von Lieferanten erhalten haben und darum mussten sie sich verpflichten, dass sie diese unter Datenschutz stellen. Wenn sie die Daten von denjenigen erhalten hätten, die die Defibrillatoren installiert haben, könnten sie diese auch öffentlich machen. Mit Fr. 7'000.00 erhält man zwei Defibrillatoren. Die Preise sind massiv runter gekommen. Vor 15 Jahren waren diese noch extrem teuer. Heute kostet ein guter Defibrillator Fr. 3'000.00 bis Fr. 3'500.00. Es wird zum Teil auch angeboten, dass diese gratis installiert werden. In Kriens hat Martin Heini die Leitung der First Responder. Dies ist bereits beim Kanton in Prüfung. In Obwalden und im Tessin gibt es dies ja schon länger. Dies ist eine gute Sache und ist der richtige Weg.

Gemäss Räto Camenisch wurde selbstverständlich sehr viel Wichtiges gesagt. Die Antwort des Gemeinderates ist dürftig, in einem gewissen Sinne fast schon katastrophal. Dass man bei einem Herznotfall den Notruf 144 wählen soll, muss er sich nicht vom Gemeinderat sagen lassen. Am Schluss denkt der Gemeinderat noch, dass er das Postulat mit ein paar Sätzen abschreiben kann und dann nichts macht ist auch daneben. Der Sprechende hätte erwartet, dass der Gemeinderat ein Konzept ausarbeitet und der Bevölkerung sagt, wo die Defibrillatoren sind. Dies könnte mit einem Flugblatt gemacht werden, wo drauf steht wo diese sind, wie man sie bedient und wie man dazu kommt. Die Migros hat ja nicht immer geöffnet. Wenn jemand am Abend um 22:00 Uhr einen Notfall hat, ist die Migros ja geschlossen. Er fragt sich, wie es mit einem Programm wäre oder sogar einer Überlegung zu einer gesetzlichen Verpflichtung, dass die Betriebe Defibrillatoren anschaffen müssen. Diese können auch bei der Anschaffung unterstützt werden oder zumindest dies als Bedingung setzen, wenn jemand ein neues Geschäft eröffnet. Selbstverständlich müsste man auch noch die Haftungsfragen klären. Immerhin liegen ein paar Möglichkeiten vor. Wenn er daran denkt, wenn man Geschäfte nennt, welche Defibrillatoren haben, wäre dies eine ganz gute Sache. Warum hat der Gemeinderat nicht den Mumm hier einzusteigen und zu sagen, dass sie sich hier etwas einfallen lassen. Das kommt sowieso und die Apparate werden billiger und einfacher. In diesem Sinne ist Räte Camenisch mit der Antwort des Gemeinderates nicht zufrieden.

Mario Urfer findet, dass der Gemeinderat die gemeindeeigenen Standorte sowieso mal überprüfen muss. In der Badi hat es einen Defibrillator, aber die Badi hat zu. In den Heimen Kriens hat es aber keine. Dort gibt es viel Besuch und viele Mitarbeiter.

Kathrin Graber ist nicht ganz einig mit Räte Camenisch, der sagt, dass der Gemeinderat nichts macht. Im Bericht steht, dass das Sozialdepartement im Jahr 2015 weitere Abklärungen vornehmen wird. Dabei soll auch der Bedarf an AED geklärt werden. In der SGK war klar, dass diese Sache seitens des Gemeinderates weiter verfolgt wird. Sie staunt darüber, dass

die SVP ein Konzept verlangt. Diese ist normal ja nicht so Freund von Konzepten. Die Sprechende findet es richtig, dass der Gemeinderat die Abklärungen trifft.

Katja Staub hat noch einen Gedanken zur Anschaffung von Defibrillatoren. Jährlich erleiden ca. 10'000 Personen einen Herzstillstand. Sie weiss jedoch nicht, wie viele davon sterben. Klar ist es schlimm, wenn der Einzelne stirbt. Sie hatte in ihrer Familie auch schon mehrere Todesfälle erlebt. Das Todesrisiko kann man auf dieser Erde nicht ausschliessen. Tödliche Gefahren gibt es und man kann sich nicht unsterblich machen.

Erich Tschümperlin sieht es auch so wie Räto Camenisch. Das Sozialdepartement wird im Jahr 2015 weitere Abklärungen vornehmen. Er möchte konkret wissen, was in dieser Sache gemacht wird. Es muss nicht abgeklärt, sondern mitgeteilt werden, was das Ziel ist. Er fragt sich, ob der Gemeinderat im Jahr 2015 die Standorte publizieren möchte oder Löcher identifiziert. Die Aussage, dass Abklärungen vorgenommen werden, findet der Sprechende schwach. Der Sprechende hat noch eine Bemerkung zu der Aussage von Katja Staub, dass Leute sterben. Es ist schon so. Heutzutage ist es die häufigste Todesursache. Früher hatte man auch gesagt, wenn jemand einen Blinddarm hatte, dass man nichts machen kann. Dazumal starb man und heute wird man operiert, damit man länger lebt. Er denkt, dass dies in der Gesellschaft sehr viel vorkommt. Mit einer Sofortmassnahme könnte man aber etwas machen. Erich Tschümperlin würde sich vom Gemeinderat auch mehr erwarten, als im Bericht drin steht. Er ist damit nicht zufrieden.

Lothar Sidler führt aus, dass die Tendenz, dass man Defibrillatoren einsetzt, gegeben ist. Das hat auch der Gemeinderat erkannt, wie auch der Bedarf an Defibrillatoren. Kriens hat diesbezüglich noch Schwächen. Deshalb wurde zugesichert, dass Lösungen ausgearbeitet werden. In der Jahresplanung wurde ein Projekt aufgenommen, dass die Standorte der Defibrillatoren klärt und wie die Kennzeichnung erfolgen soll. Wie das der Einsatz erfolgt, wird im Rahmen dieses Projekts geklärt. Ob es über First Responder läuft oder eine andere Art in Betracht zieht, sieht man dann. Es gibt gute Beispiele, wie man es machen kann. Das Rad muss nicht neu erfunden werden. Der Sprechende möchte noch ein Missverständnis klären. Es wurde gesagt, dass der Gemeinderat das ganze an den Notruf 144 delegiert. Das ist aber nicht so. Im Bericht wird mitgeteilt, dass die aktuelle Situation so ist. Erst wenn man den Notruf 144 anruft, sagen die, wo ein Defibrillator ist. Der Gemeinderat findet dies unbefriedigend. Deshalb soll nun eine befriedigende Lösung geschaffen werden. Der Gemeinderat gibt sich mit der aktuellen Situation nicht zufrieden. Man will eine bessere Lösung für Kriens schaffen.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

8. Bericht Postulat Hahn: Photovoltaikanlage für das Tribünengebäude Kleinfeld und das Parkbad Kriens **Nr. 075/13**

Laut Peter Portmann ist das Postulat im Kompetenzbereich des Gemeinderates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Die FDP-Fraktion dankt gemäss Mara Dalla Bona dem Gemeinderat für den ausführlichen Bericht bezüglich der Photovoltaikanlage für das Tribünengebäude Kleinfeld und das Parkbad Kriens. Der Gemeinderat zeigt auf, dass sich die Gemeinde auf verschiedenen Ebenen für die Nutzung von Sonnenenergie engagiert und das freut sie sehr. Es ist schön, dass der Gemeinderat dieses Postulat positiv zur Kenntnis nimmt und weiterhin bestrebt ist, die Solarenergie zu fördern. Er zeigt auf, dass verschiedene gemeindeeigene Liegenschaften auf deren Eignung für Photovoltaikanlagen geprüft wurden. Bezüglich der Beckenwassererwärmung für das Krienser Parkbad ist die FDP-Fraktion nicht ganz zufrieden mit dem Bericht. Sie ist nach wie vor überzeugt, dass das Wasser über 20 Grad sein sollte und gerade in einem Sommer wie dieses Jahr, wäre dies sinnvoll gewesen. Der Gemeinderat zeigt auf, dass einige Anpassungen vorgenommen wurden, jedoch in ihren Augen die Wirkung noch nicht ihr effektives Ziel erreicht hat. Die FDP-Fraktion bittet den Gemeinderat bei der Sanierung des Tribünengebäudes auf jeden Fall die Option der Photovoltaikanlagen zu prüfen und auch die Beckenwassererwärmung nicht aus den Augen zu lassen. Sie ist überzeugt, dass man mit dem Postulat Hahn keine offenen Türen eingerannt hat. Es ist der FDP-Fraktion bewusst, dass die Entscheidung bezüglich der Zukunft der Sportanlage Kleinfeld fehlen, man jedoch die Bemerkung und Idee sicherlich anbringen darf. Abschliessend dankt sie dem Gemeinderat nochmals für seinen Bericht und hofft, dass man die Beckenwassererwärmung nicht gleich wieder aus den Augen lässt, weil jetzt der Winter kommt.

René Zosso von der CVP/JCVP/GLP-Fraktion führt aus, dass die Förderung und Nutzung der Sonnenenergie und anderer erneuerbarer Energieformen schon immer ein Anliegen der CVP war. Kathrin Graber hat denn auch mit ihrer dringlichen Motion (Nr. 135/2010) vom Januar 2010 in der Vergangenheit bereits einen ähnlichen Vorstoss für die neue Badi eingereicht. Sie setzte sich damals dafür ein, dass die Beheizung im Rahmen der Badisanierung bereits realisiert wird oder dass zumindest die notwendigen Vorbereitungsarbeiten für eine Wassererwärmung gemacht werden. Dies wird ja in der heutigen Beantwortung auch erwähnt. Gerade der vergangene Sommer hat gezeigt, dass auf das Wetter nicht immer Verlass ist. Und wenn dann plötzlich doch ein paar schöne Tage gekommen sind, war das Wasser einfach noch nicht auf Wohlfühltemperatur. Sonnenkollektoren haben die Eigenschaft, auch bei mässigem Wetter bereits Wärme abzugeben. Und um jedes Grad, dass die Becken wärmer sind, sind die Gäste dankbar. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist damals wie heute überzeugt, dass eine solare Wassererwärmung einen wesentlichen Beitrag zur Attraktivität des Parkbades leistet und zudem den Interessen des Breiten- und Spitzensportes entspricht. Ihr ist klar, dass dies nicht zuoberst auf der Prioritätenliste von Kriens steht, aber auf der Liste sollte dieses Vorhaben, insbesondere wenn die Sanierung des Kleinfeldes ansteht, auf jeden Fall stehen bleiben. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion dankt der FDP für dieses Postulat, ist mit der Beantwortung zufrieden und dankt dem Gemeinderat für sein Engagement in dieser Sache.

Patrick Koch hält fest, dass die fortschrittliche SVP-Fraktion mit dem Vorstoss „Mehreinnahmen für die Gemeinde Kriens dank der Vermietung von ungenutzten, gemeindeeigenen Dachflächen für die Erstellung von Photovoltaikanlagen“ die Diskussion für die Dachnutzung der gemeindeeigenen Liegenschaften in Gang gesetzt hat. Sie ist erfreut, dass aufgrund ihres Vorstosses auf dem Dach des neuen Feuerwehrlokals eine Photovoltaikanlage durch Dritte geplant ist. Allerdings ist die SVP-Fraktion der Meinung, dass nicht die Gemeinde wegen des fehlenden Investitionsschutzes als Investor für Photovoltaikanlagen fungieren soll. Dies gilt auch bei Anlagen für den Eigengebrauch. Bei einem Ersatzneubau ist es sinnvoll, die Erstellung einer solchen Anlage mit einem externen Investor zu prüfen.

Gemäss Mario Urfer sollte aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion die Gemeinde Kriens, als Label Träger von einer Energiestadt, Sonnenenergie nutzen und fördern. Aus dem Bericht ist zu

entnehmen. dass der Gemeinderat gemeindeeigene Dachflächen energetisch, wo sinnvoll, nutzen will. Er klärt auch Missverständnisse in der Sonnenenergienutzung auf und zeigt auf, was hochwertige und was niederwertige Energie ist. Dass bei einem Tribünenneubau oder -sanierung Sonnenkollektoren für die Warmwasseraufbereitung der Gebäudeinfrastruktur genutzt wird, ist nicht nur sinnvoll, sondern darf erwartet werden. Wie mit Sonnenenergie Warmwasser im 50m Becken aufbereitet werden soll, ist aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion zu prüfen. Die nötigen Anschlüsse für einen nachträglichen Einbau für die Wassererwärmung sind ja vorhanden. Es sollten aber auch Alternativen geprüft werden.

Die Stellungnahme der FDP-Fraktion hat Erich Tschümperlin, Grüne/JG-Fraktion, etwas verwirrt. Es wird von ihr nach wie vor eine Photovoltaikanlage verlangt und möchte gerne wärmeres Wasser im Schwimmbad. Das eine ist eine Kollektoranlage mit dem man Warmwasser macht und das andere ist die Photovoltaikanlage mit der man elektrischen Strom erzeugt. Das hat der Gemeinderat im Bericht auch schon ausgeführt. Er denkt, dass es darum geht, dass man wärmeres Wasser möchte. Natürlich wird die Grüne/JG-Fraktion bei einem Neubau oder Renovation vom Kleinfeld die FDP-Fraktion in ihrem Bestreben massiv unterstützen. Sie hofft dann auch auf die Unterstützung, wenn es so weit ist, dass es dann auch gemacht wird. Der Sprechende nimmt an, dass wenn im Bericht drin steht, dass die Gemeinde die Flächen zur Verfügung stellt, müsste die Gemeinde wahrscheinlich selber Geld in die Hand nehmen. Das Schwimmbad gehört ja Kriens und daher müssten die Sonnenkollektoren auch von der Gemeinde erstellt und finanziert werden.

Gemäss Cyrell Wiget ist der Gemeinderat immer noch der Überzeugung, dass man mit den beantragten 13.3 Mio. Franken für die Sanierung des Schwimmbades an der oberen Grenze des politisch Machbaren lag. Mit den 53 % erreichten Ja-Stimmen war dies politisch breit abgestützt. Wäre es aber noch eine Million mehr gewesen, wäre das Risiko, dass man dies abgelehnt hätte, zu gross gewesen. Darum steht Kriens da, wo man nun steht. Die Gemeinde hat immerhin ein neues Bad, aber man steht noch vor der Herausforderung bezüglich der Wassertemperatur. Es stellt sich die Frage, ob warmes Wasser mehr Besucherinnen und Besucher bringen würde. Selbstverständlich wäre es schön, wenn man wärmeres Wasser hätte. Man muss aber sehen, wenn man die Zahlen anschaut, dass die heutige Temperatur nach drei warmen Tagen besser ist als es früher mit der Heizung war. Dies setzt sich aus verschiedenen Faktoren zusammen. Am ersten Sonnenscheintag gibt es noch nicht so viele Besucherinnen und Besucher. Richtiges Badewetter ist erst am dritten schönen Tag hintereinander. Nach einem dritten Tag schafft es die Sonnenheizung die Becken zu erwärmen, weil die Wanne kein Wasser mehr verliert und aus Chromstahl besteht. Der Gemeinderat schlägt vor, dass die Massnahmen von einer Kühlung für einen allfälligen zukünftigen Kunstrasen für die Erwärmung des Wassers genutzt wird. Nach heutigem Stand ist man der Auffassung, dass dies realisiert werden sollte, wenn es soweit ist. Die Verzögerungen gibt es auch aufgrund des Budgets und des nicht so schnell fortschreitenden Projekts des SCK-Stadions. Es war immer vorgesehen, dass zuerst das Stadion saniert wird und dann das Kunstrasenfeld erstellt wird. Weil die Sanierung des Stadions jedes Jahr zurückgeschoben wurde, konnte auch das Kunstrasenfeld noch nicht realisiert werden. Das was im Budget für das Kunstrasenfeld als Platzhalter fixiert ist und auch wieder sein wird, ist nur für dieses gedacht. In diesem Betrag ist keine zukünftige Kühlung und Erwärmung enthalten. Darüber müsste dann noch der politische Konsens gefunden werden. Der Gemeinderat findet dies aber eine gute Sache und würde dies unterstützen. Man möchte auch bei den Dächern, wo möglich, eine Photovoltaikanlage installieren. Dies gibt hochwertige Energie, welche nicht für die Wärme genutzt wird. Dort würde es sich lohnen. Beim SCK- Stadion macht dies jedoch vor der Erneuerung keinen Sinn.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

9. Bericht dringliches Postulat Graber: Bypass, so nicht!

Nr. 123/14

Laut Peter Portmann ist das Postulat im Kompetenzbereich des Gemeinderates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Kathrin Graber erläutert, dass der vierte Vorstoss der CVP/JCVP/GLP-Fraktion zum Bypass seit dem Jahr 2006 endlich die erwünschte Wirkung gezeigt und dem Gemeinderat offenbar Beine gemacht hat. Das ASTRA hat die CVP Kriens an der letzten Parteiversammlung vor zwei Wochen über das Projekt informiert. Dabei wurde vom ASTRA unter anderem gesagt, dass bilaterale Sitzungen mit der Gemeinde in den Jahren 2012 und 2013 stattgefunden hätten, die Gemeinde jedoch keine grundlegende Opposition gegenüber dem Projekt Bypass geäußert habe. Die plötzliche Wende in der Gemeinde habe das ASTRA daher überrascht. Dies zeigt, dass der Gemeinderat zu lange passiv war. Das es vier Vorstösse braucht, bis der Gemeinderat in Bewegung kommt, kann die CVP/JCVP/GLP-Fraktion nicht verstehen und enttäuscht sie. Es ist anzunehmen, dass ohne diese Beharrlichkeit der Krienser Gemeinderat in seiner Passivität stehen geblieben wäre. Doch schaut man nun in die Zukunft. Die Gemeinde Kriens hat den ersten Schritt getan und eine Vernehmlassung beim ASTRA eingereicht. Der Gemeinderat geht mit den Forderungen des Parlaments, die eine Verbesserung des Projekts zum Ziel haben, einig. Die Autobahn soll auf dem Gemeindegebiet überdacht werden. Andernfalls wird man im Lärm und in den Schadstoffen ersticken. Es ist ein Verkehrskonzept zu erstellen. Bis ins Jahr 2016 soll von den Planern in einem Verkehrskonzept aufgezeigt werden, wie auch die Probleme von Kriens mit dem Bypass gelöst werden können. Nur dann kann der Bypass als Chance für die Lösung der Verkehrsprobleme der Agglomeration, wie es der Bund und der Kanton bezeichnen, angesehen werden. Insoweit scheint ihr, dass der Gemeinderat mit seiner Forderung, dass das untergeordnete Strassennetz funktionieren soll, zu zurückhaltend auftritt. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion erwartet, dass das Projekt Bypass auch für Kriens eine Verkehrsentslastung bringt und die Verkehrs-Probleme von Kriens löst. Im Übrigen dankt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion dem Gemeinderat für seine Projektverbesserungen, die er beim Bund nun einfordert und dass er endlich Farbe bekennt. Die Krienser Parteien haben sich überparteilich quer durch alle Parteien zum Komitee „Bypass- so nicht!“ zusammen geschlossen. Es sind verschiedene Aktionen geplant, um die Krienser Bevölkerung über das Projekt und über die Folgen zu informieren, die für Kriens entstehen könnten, wenn jetzt nicht gehandelt wird. Zudem möchte man mit dem Gemeinderat bei passender Gelegenheit mit dem ASTRA ein Gespräch führen, um die Projektverbesserungen vorzubringen. Der Kampf für Projektverbesserungen hat erst begonnen. Man interessiert sich dafür, welche Strategie und welche weiteren Schritte der Gemeinderat beim Projekt Bypass nun plant. Mit der Stellungnahme wird es nicht reichen und weitere Massnahmen sind gefordert. Dies zeigt auch die Aussage des ASTRA an der Parteiversammlung der CVP Kriens, dass es Kriens frei stehe, Massnahmen zur Lärmreduktion zu realisieren, diese aber selber zahlen müsse. Das Verständnis der CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist, dass die Kosten für Lärmschutzmassnahmen vom Bund getragen werden, wenn er ein solches Projekt realisiert. Jetzt ist es höchste Zeit, den Mantel der Lethargie und des Phlegmatismus abzulegen, auf die Hinterbeine zu stehen und sich für die Anliegen von den Krienserinnen und Kriensern einzusetzen.

Räto Camenisch, SVP-Fraktion, befasst sich vor allem mit der Vernehmlassung des Gemeinderates. Er kann jedes Wort von Kathrin Graber unterstützen. Der Gemeinderat schreibt:

“Können Bund und Kanton ähnlich wie für die Tunnels in Sachseln und Giswil, für Kriens substantielle Optimierungen (siehe Gelingensbedingungen) im Rahmen des Ausführungsprojektes anbieten, wird der Gemeinderat das Projekt aktiv unterstützen. Sollte das ASTRA auf seiner Haltung beharren, werden dem Gemeinderat die Argumente fehlen sich für das Projekt einzusetzen.“ Dies ist ja fast schon Schmussekurs mit dem ASTRA. Kriens muss hier ganz anders auftreten. Es geht darum, dass eine Autobahn vor unseren Nasen, mit 10-jähriger Baustelle, endet. Die Autobahn hat zwei Löcher. Das Loch Nord ist mit einem Anschlusswerk versehen und das Loch Süd lässt man einfach in die Quartiere fließen. Jetzt hat der Gemeinderat gesagt, man müsse sich den Bypass ohne Anschluss Nord überlegen. Dann wäre es aber eine Durchgangsautobahn und geht Kriens auch nicht mehr viel an. Das wird natürlich nicht so sein. Die Stadt Luzern möchte die Seebrücke entlasten. Die Entlastung erfolgt über den Anschluss Süd über die Tribschen Quartiere, Richtung Bahnhof, Richtung Malters und Entlebuch durch das Krienser Tal. Das heisst, man hat auf die Südspange verzichtet. Notabene hat man ein Bauwerk, dass die Stimmbürger in der Stadt genehmigt haben. Man weiss nicht, ob dies aus finanziellen oder ideologischen Gründen gekappt wurde. Die Spange Süd wird in diesem Werk nicht einmal erwähnt. Die logische Fortsetzung der Spange Süd wäre die Spange Kriens. Dann hätte man wie in der Spange Nord nach links und nach rechts einen Abfluss. Das ist die maximal Forderung, welche Kriens erheben muss. Kriens kann nicht von allen Seiten mit ÖV und Busspuren auskommen. Man muss sehen, dass es mehr motorisierten Individualverkehr geben wird, ob man will oder nicht. Diesen Verkehr muss Kriens auffangen und kanalisieren. Abgesehen davon hat man heute schon dieses Problem ohne den Bypass. Rätö Camenisch bedankt sich bei Konrad Graber, welcher am 16. September 2014 im Ständerat aufgestanden ist und das Problem Kriens geschildert hat. Konrad Graber hat gesagt, dass er nicht verstehe, dass man in Obwalden solche grossen Umfahrungen machen kann. Gleichzeitig hörte er von der Bundesrätin, dass der Kaiserstuhl-Tunnel bewilligt wurde. Dies muss man sich mal vorstellen. Der Kaiserstuhl Tunnel wird aufgrund eines Entscheides von 1960 bewilligt. Sachseln, Lungern, Giswil und Kaiserstuhl haben solche Tunnels. Kriens kämpft dafür, dass ein paar hundert Meter überdacht werden. Den Lärmschutz muss die Gemeinde auch noch selber bezahlen. Deshalb muss man hier ganz anders auftreten. Zum Glück gibt es nun ein Komitee, welches solche Punkte aufnehmen kann. Sonst ist Kriens gegen diese Autobahn. Wenn man mit der Umgebung und den betroffenen Personen nicht verträglich bauen kann, muss man einfach dagegen sein. Die Überdachung ist eine Selbstverständlichkeit. In Hergiswil besteht eine solche Überdachung, die sich bewährt. Der Sprechende war letzstens im Prättigau unterwegs. Saas im Prättigau wird mit einem riesigen Tunnel umfahren. Diese haben auch 30 Jahre lang über den Verkehr geklagt. Das ist eine Gemeinde mit vielleicht 2'000 Einwohnern. Es müssen andere Töne angeschlagen werden, weil Kriens hier so kämpfen muss. Die Antwort ist substantiell richtig, aber nimmt zu wenig Bezug auf die Südspange respektive auf die baulichen Veränderungen, die Kriens für die Kapazitätserweiterung braucht. Sie ist somit zu wenig aggressiv.

Die FDP-Fraktion dankt gemäss Thomas Lammer dem Gemeinderat für die Antwort auf das dringliche Postulat Graber. Es freut sie, dass der Gemeinderat bezüglich der Überdachung der Autobahn, sowie zum Verkehrskonzept die gleiche Haltung, wie der Einwohnerrat hat und dies auch gegenüber dem ASTRA vertritt. Es ist sicher auch richtig, wenn diese und weitere Forderungen heute klar formuliert werden, auch wenn schlussendlich vom Projekt Ablauf die Konkretisierung erst im Rahmen des Ausführungsprojektes rechtlich verbindlich gelöst wird. Die FDP-Fraktion will den Bypass, aber nicht um jeden Preis. Für sie ist es zentral, dass Kriens durch den Bypass eine Verbesserung der Verkehrssituation erhält und die Belastungen für die Bevölkerung nicht weiter steigen. Dazu scheint es der FDP-Fraktion wichtig, den Druck auf allen politischen Ebenen hoch zu halten. Sie will nicht verhindern und versuchen zu verzögern. Aber die FDP-Fraktion will ein gutes Gelingen. Das unterstützt sie mit voller Kraft für Kriens.

Peter Fässler von der SP/JUSO-Fraktion führt aus, dass man an der schnellen und ausführlichen Reaktion des Gemeinderates auf das dringliche Postulat Graber betreffend Bypass erkennt, dass dieses Thema auch für den Gemeinderat wichtig ist. Die SP Kriens und die JUSO Kriens sind dem Komitee „Bypass-so nicht“ beigetreten, weil auch sie das Thema als sehr wichtig für Kriens bewerten. Die SP/JUSO-Fraktion will, dass sich die breite Bevölkerung von Kriens und den umliegenden Gemeinden mit dem Projekt Bypass befassen. Bekannt ist aber auch, dass sich ihre Haltung gegenüber anderen Parteien dahin unterscheidet, dass sie generell gegen das Bypass Projekt sind. „Bypass – so nicht“ ist für die SP/JUSO-Fraktion ein erster Schritt zu „Bypass nein“. Sie ist sich bewusst, dass der gemeinsame Weg im Komitee irgendwann an den Punkt kommen wird, wo sich die Wege trennen werden und es mit der Gemeinsamkeit vorbei sein wird. In zwei Jahren, in 20 Jahren, in 200 Jahren? Wer weiss. Unterdessen sind auch die Antworten respektive die Forderungen des Gemeinderates gegenüber dem ASTRA bekannt. Für die SP/JUSO-Fraktion ist der ganz zentrale Punkt die Förderung des ÖV und des Langsamverkehrs. Diese Punkte hat der Gemeinderat eingebracht. Sie ist sehr gespannt auf die Antworten des ASTRAS und die weitere Entwicklung des Projektes Bypass. Die SP/JUSO-Fraktion wird sich weiterhin für eine Lösung einsetzen, die ihrem Leitspruch „für eine lebenswerte Gemeinde“ entspricht.

Laut Erich Tschümperlin, Grüne/JG-Fraktion, hat Räto Camenisch schön aufgezählt was Sache ist. Das meiste und wichtigste wurde gesagt. Was in Kaiserstuhl möglich ist, sollte auch in Kriens möglich sein. Die Tunnelkosten pro Einwohner müsste man vielleicht mal ausrechnen und auf der Homepage veröffentlichen. So wären die Kosten in Kaiserstuhl um ein Vielfaches höher als in Kriens. Es ist ein Witz und ein Hohn. Auch das Beispiel Hergiswil zeigt, dass etwas gemacht werden muss, wenn die Autobahn durch dicht besiedeltes Gebiet geht. Peter Fässler hat gesagt, vielleicht trennen sich die Wege der Parteien wieder. Im Moment sind die Wege aber ganz klar zusammen. Solange nicht eine bessere Lösung vorgelegt wird, muss man fundamental eine Opposition machen. Wenn diese nicht gemacht wird, dann hat Kriens keine Chance. Die Gemeinde muss geint auftreten. Was der Sprechende noch vermisst ist der Bericht zu seinem Postulat. Er möchte wissen, wie dies mit den Berichten zu Postulaten gehandhabt wird.

Christine Kaufmann-Wolf meint, dass Kriens jetzt dran bleiben und die Zähne zeigen muss. Das ASTRA denkt sicherlich, den Krienserinnen und Krienser wird es dann bald verleiden. Die A2 kommt aus dem Sonnenberg raus. Der Verkehr rollt Richtung Süden ins Tessin. Wenige Kilometer von Kriens entfernt wird Hergiswil vor dem Lärm mit einer teilweisen Überdachung geschützt. Der gleiche Verkehr rollt weiter ins Tessin. Bei Melide wurde erst in den letzten zwei Jahren die neue Lärmschutzwände und Überdachung zwecks Lärmschutzes gebaut. Auch in Chiasso wird die Bevölkerung mit riesigen Lärmschutzwänden geschützt. Es kann nicht sein, dass dort die Interessen der Bevölkerung höher bewertet werden, als die der Krienser. Zumal es sich um die gleiche Autobahn handelt. Bei der Gemeinde Kaiserstuhl gibt es angeblich wegen einer Beschlussfassung von 1960 einen Restbetrag, um dort die Strasse zu überdachen bzw. zu untertunneln. Es kann nicht sein, dass mit gesprochenen Restbeträgen aus dem Jahre 1960 an den heutigen Bedürfnissen vorbei gebaut wird. Es muss doch eine aktuelle Standortbestimmung gemacht werden. Die Zeit hat sich verändert, die Bedürfnisse haben sich verändert. Ein solches Vorgehen versteht die Sprechende nicht. Auch Christine Kaufmann-Wolf geht davon aus, dass sich der gemeinsame Weg des überparteilichen Komitees irgendwann auseinanderbricht. Die Bedürfnisse betreffend Bypass sind unterschiedlich. Das Wissen hier alle. Doch für Kriens ist es wichtig, dass man sich gemeinsam beim ASTRA ein Gehör verschafft und zusammensteht. Denn wenn das Parlament bereits jetzt nicht mehr zusammensteht, fängt alles an zu bröckeln und verliert an Stärke. Das ASTRA wäre der lachende Dritte.

Verena Wicki Roth findet es wichtig, dass der Bypass auch in einen grösseren Zusammenhang gestellt wird. Gestern hat der Nationalrat beschlossen, dass die zweite Gotthardröhre gebaut wird. Die A2 ist der Hauptzubringer zum Gotthard. Diese führt auch durch Kriens hindurch. Deshalb soll auf der Forderung, dass eine Überdachung gemacht wird, der Finger darauf gehalten werden. Kriens muss den Widerstand zeigen, was ganz wichtig ist. Die Gemeinde ist in einer Entwicklung, die gesamteuropäisch ist. Kriens ist auf dieser Achse. Wenn die Sprechende ins Tirol in die Ferien geht, sieht sie was am Brenner läuft. Das möchte sie in Luzern nicht. Kriens muss ganz klar Haltung zeigen.

Räto Camenisch möchte ergänzen, dass er das Ständeratsprotokoll gelesen hat. Doris Leuthard hat gesagt, dass die Umfahrung Bypass Luzern ungefähr im Zeitrahmen von ca. 10 Jahren nach der Vollendung der 2. Gotthardröhre gebaut werden soll. Man hat also noch lange Zeit, um zu kämpfen. Sie sagte auch, dass es ihr völlig klar sei, dass dann das heutige Projekt vielleicht nicht mehr aktuell ist und angepasst werden müsste. Immerhin wurde dies von höchster Stelle relativiert. Erst recht muss Kriens nun kämpfen. Für die Realisierung fehlt das Geld noch. Wenn der zweite Gotthard-Tunnel gebaut wird, dann wird dieser so viel Geld verschlingen, dass der Bypass noch weiter nach hinten verschoben wird. Es ist wichtig, dass man jetzt den Daumen draufhält. Jetzt hat man Inputs und die werden auch dem ASTRA weiter gegeben. Wenn Saas im Prättigau nach 30 Jahren eine Umfahrung erhalten hat, dann macht dies dem Sprechenden Mut. Eine Gemeinde mit 27'000 Einwohnern wird wohl noch das gleiche wie eine Gemeinde mit 2'000 Einwohnern zu Stande bringen.

Peter Fässler kann Christine Kaufmann-Wolf schon beruhigen. Vorläufig bleibt man auch noch zusammen auf dem gleichen Weg. Er kann sich auch vorstellen, dass alle auf dem gleichen Weg bleiben bis zur Beerdigung des Projektes. Dann gibt es diese Spaltung auch gar nie.

Davide Piras vermisst unter „Szenarien Verkehrsmodell“ das Szenario, dass die ganze Spange Süd einfach von Luzern, vom Kanton und vom ASTRA fallen gelassen wurde. Er glaubt, dass dies ein Projekt wäre, was Kriens sehr viel bringen würde. Da spricht man von den Szenarien ausrechnen ohne Massnahmen, mit Konsequenzen für den ÖV, Bypass ohne Spange Nord und Bypass und Spange Nord. Das Spannendste wäre aber mit Spange Süd. Dieses Szenario sollte Kriens wiederbeleben. Der Sprechende behauptet, dass Luzern und das ASTRA die Spange Süd bereits wieder zum Sterben gebracht hat.

Gemäss Cyrell Wiget führt die Einigkeit nicht nur quer durch die Parteien hindurch, sondern auch in den Gemeinderat. Die Gemeinsamkeiten sind, dass in anderen kleineren Orten Projekte realisiert wurden, bei denen viel mehr Geld für den Schutz der Bevölkerung aufgewendet wurde. Der Gemeinderat wurde auch stückweise provoziert, dass so eine Überdachung 30 Mio. Franken kosten würde. Dies sei aber zu teuer bei einem Projekt, welches 1.6 Mia. Franken kostet. Darum hat der Gemeinderat diese Aussagen in der Vernehmlassung verarbeitet. Der Gemeinderat ist sich einig, dass der Bypass, so wie er jetzt geplant ist, für Kriens keinen Segen bringt. Dies ist nicht die richtige Antwort auf die Verkehrsprobleme. Der Gemeinderat wird dies bekämpfen. Das Projekt geht nun in ein allgemeines Projekt, sofern der Bund die entsprechenden Mittel bereitstellt. Wenn es zu einem Ausführungsprojekt kommt, dann beginnen alle Prozesse von vorne. Das gegründete Komitee leistet auch einen wichtigen Beitrag. Die Einigkeit im Einwohnerrat hat dem Gemeinderat im Rahmen dieser Vernehmlassung den Rücken gestärkt. Das ewige Wiederholen, dass der Gemeinderat untätig war, provoziert sie ein wenig. Der Gemeinderat hat es im Bericht ausgeführt, dass dies mittlerweile das 3. Projekt ist. Der Gemeinderat hat, wo möglich, immer eine Stellungnahme gemacht. Es kann schon sein, dass das ASTRA privat etwas anderes sagt. Der Gemeinderat war aber in diesen Ver-

nehmlassungen immer sehr kritisch und hat sich gewehrt. Der Sprechende war auch an Sitzungen, in denen er die Gelingensbedingungen angesprochen hat, bevor der Einwohnerrat davon gesprochen hat. Er bittet zu beachten, dass es um verschiedene Projekte geht. Über das was heute gesprochen wird, ist das generelle Projekt System Bypass, die zusammen mit der Spange Nord nun aufliegt. Darüber kann nun das erste Mal gesprochen werden. Gemäss Räto Camenisch wird dies erst etwa 2045 realisiert. Erich Tschümperlin muss deshalb auch nicht Angst haben, dass sein Vorstoss nicht noch rechtzeitig behandelt wird. Der Unterschied zum Vorstoss von Kathrin Graber ist, dass dieser dringlich erklärt wurde und deshalb auch dringlich bearbeitet wurde. Bei der Debatte hat sich der Gemeinderat gewünscht, dass sich der Einwohnerrat auch neben dieser Einigkeit positioniert und sagt, wo er wirklich steht. Das ist die Schwierigkeit für den Gemeinderat. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass das Projekt so nicht gemacht werden soll. Es wird deshalb das Ziel verfolgt, dass wenn an diesem Bypass nicht massive Optimierungen passieren, dies für Kriens keine Option ist. Es ist aber ein wahnsinniger Unterschied, wenn die einen noch eine 3. Spange möchten. Konrad Graber hat in Bern eine höhere Priorisierung des Bypasses gewünscht. Dies ist nicht ganz das gleiche, wie jetzt andere Sprecher gesagt haben, dass sie prinzipiell nicht mehr Verkehr mit mehr Strassen bekämpfen wollen. Irgendwann kommt das Parlament nicht drum herum sich zu positionieren. Darüber muss man sich schon noch unterhalten.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

10. Beantwortung Interpellation Takacs: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit **Nr. 104/14**

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Peter Portmann fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Fabian Takacs wünscht eine Diskussion.

Peter Portmann stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Fabian Takacs dankt zuerst dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Es ist lobenswert, dass der Gemeinderat hier eine Fachperson von der perinnova GmbH herbeigezogen hat. Leider ist die hier vorliegende Interpellation nicht gerade befriedigend beantwortet worden. Man sieht zwar den guten Willen, aber die Antwort hat kein Fleisch am Knochen. Wie man dem Text der Interpellation entnehmen konnte, ist die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern in Punkto Löhne für gleiche Arbeit noch heute vielerorts gegeben. Das ist nicht etwa eine Erfindung von linken Statistikerinnen, sondern ein Fakt, welcher nicht wegzudiskutieren ist. Im Schnitt verdienen Frauen 20 % weniger für die gleiche Arbeit bei gleichem Anforderungslevel als ihre männlichen Kollegen. Gut 40 % dieser Ungleichheit lässt sich durch nichts anderes erklären, als der Unterschied im Geschlecht. Der Kampf gegen diese Ungleichheit ist nicht nur aus ökonomischer Sicht wichtig, sondern auch aus liberaler. Auch in Kriens sollte man sich solchen Fragen nach Lohnungleichheit stellen. In der Interpellation unter Punkt 2 ist eine Antwort mit statistisch erhärteten Zahlen verlangt worden und nicht nur der verwendete Satz: „Die Lohngleichheit...ist gewährleistet“. Ist dem so, wären die meisten hier drin wahr-

scheinlich erfreut, doch ohne erhärtete Werte in der Antwort der Interpellation wirkt das ein bisschen suspekt. Fabian Takacs ist klar, dass die FGK aufgeklärt worden ist. Doch wie kommt er als Einwohnerrat und Nicht-FGK-Mitglied trotz Kommissionsgeheimnis zu den Ergebnissen? Da der Gemeinderat anscheinend die Aussage machen kann, dass es kein Unterschied zwischen Frauen- und Männerlöhnen gibt, fragt man sich warum er bei der Beantwortung der Interpellation nicht gleich die Zahlen mitliefert? Wie der Sprechende vernommen hat, ist die Präsentation in der FGK sehr interessant gewesen und die Ergebnisse durchaus präsentierbar. Konkret hätte der Gemeinderat die prozentuale Abweichung zwischen durchschnittlichen Männern- und Frauenlöhnen bei verschiedenen Lohnbändern beispielsweise grafisch zeigen können. Es muss ja nicht gleich für jeden Lohn aller Angestellten sein, aber mindestens eine repräsentative und transparente Ansicht. Die hier vorliegende Ansicht ist leider unzureichend. Fabian Takacs hofft, dass die Ergebnisse der Auswertung der perinnova GmbH noch allen Mitgliedern des Einwohnerrats präsentiert werden können.

Gemäss Roger Erni war die Vorstellung in der FGK wirklich extrem spannend. Der Aufwand wäre unverhältnismässig, wenn die Präsentation der erweiterten Regressionsanalyse im Rat gemacht würde. Der Sprechende hofft, dass die FGK-Mitglieder dies ähnlich sehen und der Verhältnismässigkeit Folge geleistet wurde. Der Einwohnerrat hat die Interpellation beantwortet bekommen, so wie dies noch selten geschehen ist. Es ist extrem wirtschaftswissenschaftlich und man hat viele Statistiken gezeigt bekommen. Bei diesem Thema braucht es einen Experten. Die Nicht-FGK-Mitglieder sollen glauben, dass mit dieser Überführung vom alten ins neue Lohnsystem die Transparenz erhöht wurde. Beat Fallegger hat gesagt, dass sich das Personalamt mit dem neuen System sicherer fühlt. Die Bewertungskommission hat auch gute Arbeit geleistet. Die Lohngleichheit zwischen weiblichen und männlichen Mitarbeitern ist in Kriens fast einmalig gut gewährleistet. Es gibt eine Standartabweichung von 5 %. Kriens ist mit 3 % darunter. In der Regressionsanalyse war alles grün. Übrigens war dies auch schon beim alten System der Fall. Die Lohngleichheit konnte extrem genau gewährleistet werden, weil Frau und Mann nie eine Diskussion von Lohnungleichheit war. Die Gleichheit des Lohnes ist gewährleistet. Bei der Interpellation Nr. 105/2014 ist dem Sprechenden aufgefallen, dass das Total der Kaderposition 28 zu 28 ist. 24 Frauen sind Ressortleiterinnen der Gemeinde, dies entspricht 63 %. Dort kommt der Gemeinderat auch zum Schluss, dass der Frauenanteil gut ist. Insbesondere wird die Teilzeitarbeit bei der Gemeinde Kriens gefördert. Die Antworten sind sauber und gut. Die FGK bedankt sich für die Fragen.

Erich Tschümperlin möchte Fabian Takacs unterstützen. Roger Erni hat gesagt, dass man eine Abweichung von 3 % hat. Wenn er die nächste Antwort des Gemeinderates anschaut, dann arbeitet er mit Prozentzahlen. Es ist eine standardisierte Methode. Der Sprechende hätte es begrüsst, wenn man auch bei Frage 2 einen Prozentsatz geliefert hätte. Dieser ist ja vorhanden und nicht geheim. Damit kann sich die Gemeinde Kriens sehr gut sehen lassen und sogar Werbung machen. Es ging bei Fabian Takacs nur darum, dass wenn man schon so ausführliche Daten hat, sollten diese auch mitgeteilt werden. Es musste kein extra Aufwand gemacht werden.

Brahim Aakti findet es soll gleicher Lohn für gleiche Arbeit geben. Die SP/JUSO-Fraktion ist erfreut, dass dies bei der Gemeinde Kriens Tatsache ist. Sie dankt dem Interpellanten für die guten Fragen und dem Gemeinderat für die kompetente Beantwortung.

Gemäss Paul Winiker hat der Gemeinderat bei der Einführung der neuen Lohnbänder die Gelegenheit genutzt nach der Methode „Logib“ die Überprüfung vorzunehmen. Kriens kann stolz sein, dass man ein sehr gutes Resultat erzielt hat. Der Sprechende gibt diese Prozentzahl gerne bekannt und wird prüfen, ob die Auswertung von perinnova GmbH auch noch zur Ver-

fügung gestellt werden kann. Die Regressionsanalyse wird signifikanter je mehr Daten ausgewertet werden. Mit der Gemeindeverwaltung hat man natürlich schon sehr viele Daten. Man hat eine Abweichung von 2.7 % erzielt. Alles was über 5 % ist, ist signifikant und nicht akzeptabel. Das heisst, was unterhalb des Unsicherheitsfaktors von 5 % ist, kann nicht als signifikant betrachtet werden. Herr von Wartburg hat auch Vergleiche mit anderen Arbeitgebern und Kantonen gemacht. Er konnte sagen, dass dies ein sehr gutes Resultat ist. Es wurde auch diskutiert, ob dies nun jedes Jahr gemacht werden müsste. Wenn sich das verändern würde, würde dies erst etwa in fünf Jahren geschehen. Es macht deshalb keinen Sinn, dies jedes Jahr zu machen. Es wurde in der FGK auch gefragt, ob dies alle Unternehmungen machen könnten. Die Grenze ist eine mittlere KMU. Bei einer KMU mit bis zu 15 Mitarbeitenden bringt eine solche Analyse nichts. Dies gibt kein repräsentatives Ergebnis. Der Gemeinderat bedankt sich für die Anfrage. Der Aufwand konnte mit einem qualifizierten Fachmann gemacht werden.

11. Beantwortung Interpellation Takacs: Frauenanteil im Kader der Krienser Verwaltung Nr. 105/14

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Peter Portmann fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Fabian Takacs wünscht eine Diskussion.

Peter Portmann stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Fabian Takacs führt aus, dass das Vorgehen vom Gemeinderat kein Kritikpunkt war. Das Vorgehen ist lobenswert und vorbildlich. Es geht auch darum, dass wenn man schon so etwas macht auch selbstbewusst hin steht und sagt was man vorweisen kann. Die Zahl von 2.7 % hat der Sprechende zum ersten Mal gehört. Diese Zahl dürfte man auch ruhig etwas an die grosse Glocke hängen. Nur so ist es möglich, dass auch in der Privatwirtschaft ein Umdenken stattfindet. Er bedankt sich für die erhärteten Werte. Für ihn bleibt eine Frage offen. Es ist schon zu sehen, dass in der Hierarchieleiter der Frauenanteil ein wenig abnimmt, je weiter es nach oben geht. Hat der Gemeinderat vor dieses Verhältnis zu ändern oder wie steht er dazu? In der Interpellation sieht man weshalb es wichtig ist, dass auch mehr Frauen in den Kaderpositionen sind.

Die SP/JUSO-Fraktion will gemäss Brahim Aakti keine Quotenregelung sondern Chancengleichheit. Mann und Frau sollen die gleichen Chancen haben, sich beruflich zu entwickeln. Wie es scheint, ist die Gemeinde Kriens vorbildlich. Es werden vermehrt auch Kaderstellen als Teilzeitstellen angeboten. Das erscheint der SP/JUSO-Fraktion sehr wichtig. Nach Personen gerechnet, ist der Frauenanteil in den Kaderstellen der Gemeinde 50 %. Männer leiten eher Abteilungen und Frauen Ressorts. Aus ihrer Sicht wäre es spannend zu wissen, wie sich diese Statistik verändert, wenn man nicht nach Personenzahl, sondern nach Stellenprozenten oder gar nach Salär gewichten würde.

Paul Winiker dankt dafür, dass der Gemeinderat dies aufarbeiten durfte. Man war selber erstaunt über das Ergebnis. Beim Kader ist das Verhältnis 50/50. Es wurde aber richtig erkannt,

dass es auf den verschiedenen Kaderstufen noch Unterschiede gibt. Im Gemeinderat sind dies 20 %, bei den Abteilungsleitenden ist es höher und bei den Ressortleitenden ist es wieder anders. Der Gemeinderat war auch in Bezug auf die Teilzeitpensen sehr positiv erstaunt. Der Gemeinderat hat zu 100 % ein Teilzeitpensum. Es ist doch erstaunlich und hebt sich von der Diskussion ab, dass bei der Gemeinde Kriens die Hälfte aller Kaderpositionen ein Teilzeitpensum haben. Kriens kann stolz sein auf dieses Resultat. Man könnte auch noch weitere Analysen machen, aber wie sie nun vorliegt, ist man zufrieden. Der Gemeinderat versucht bei den Kaderpositionen immer auch Frauen in die engere Auswahl zu nehmen. Letztlich ist es gut, wenn auch Frauen in der Endauswahl sind. Die Entscheidung fällt bei der Departementsleitung und dem Gemeinderat aufgrund des Anforderungsprofils. Das Matching zum Job ist das Wesentlichste. Die Gemeinde fördert dies mit der Flexibilität der Pensen.

12. Beantwortung Interpellation Kobi: Parkplatznutzung Langsägestrasse Nr. 108/14

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Peter Portmann fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Tomas Kobi wünscht eine Diskussion.

Peter Portmann stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Tomas Kobi hat dem Gemeinderat vier einfache Fragen gestellt und bekommt Ausführungen, welche sich nicht auf die Fragen beziehen. Da überlegt er sich schon, ob der Gemeinderat in seiner Beantwortung wirklich seine Arbeit getan hat. Auf die erste Frage, ob der Gemeinderat für die Parkplatznutzung eine Baubewilligung eingeholt hat antwortet er: „Somit kann festgestellt werden, dass es bewilligte und nicht bewilligte Abstellplätze auf dem Areal gibt.“ Was ist das für eine Antwort? Gemäss Planungs- und Baugesetz des Kantons Luzern ist unter F. Baubewilligung und Baukontrolle § 184²²⁶ folgendes Festgehalten:

¹ *Wer eine Baute oder Anlage erstellen, baulich oder in ihrer Nutzung ändern will, hat dafür eine Baubewilligung einzuholen.*

Gilt dies für die Gemeinde Kriens nicht? Tomas Kobi muss sich da schon die Frage stellen, ob es noch andere Artikel gibt, welche der Gemeinderat nicht umsetzt. Bei der zweiten Frage geht es im Kern darum, ob der Gemeinderat hinsichtlich einer Bewilligung etwas unternommen hat oder nicht. In seiner Beantwortung werden Ausführungen gemacht, welche darauf hinweisen, dass das Baudepartement mit der Dienststelle Immobilien des Kantons im Gespräch sei und sie in einem Schreiben auffordert das Areal einzuzäunen. Auch der Kanton braucht eine Bewilligung oder ist dies Interpretationssache? Bei Frage 3 wird unzureichend auf die Frage geantwortet. Bei der letzten Frage drückt sich der Gemeinderat um eine konkrete Antwort. Die Interpellation ist unzureichend beantwortet und der Interpellant fühlt sich vom Gemeinderat in keiner Weise ernst genommen.

Pascal Meyer, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, meint, dass es schon wieder um das Eingangstor von Kriens geht. Neben der architektonisch subtil in die Umgebung eingebauten Autobahnbrücke, welche sogar noch erweitert werden soll, hat man auch im Schatten diesen Wild-

wuchs. Allerdings nicht von schönen Blumenwiesen, sondern von einem Parkplatz. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion hat keine Freude daran. Diese Parkplätze in dieser Form an diesem Ort will sie nicht. Die Frage ist nur, was kann man dagegen machen. Unter Umständen sind die geplanten Reserveparkplätze für Heineken in der nächsten Zeit noch nicht von Nöten. Allerdings wäre dies vorübergehend eine elegante Lösung. Kurzfristig ist dies aber eher keine Lösung. Darum hat die Gemeinde den Kanton aufgefordert dieses Areal zeitnah einzuzäunen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion möchte vom Gemeinderat wissen, was die Reaktion des Kantons auf diese Forderung war und was die Gemeinde bei einer negativen Antwort unternimmt. Falls diese kurzfristigen Handlungsvarianten nicht zum Zuge kommen, was man nicht hofft, wird man die längerfristigen Entwicklungen im Zusammenhang mit LuzernSüd abwarten müssen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion hofft allerdings dass der Gemeinderat das Anliegen jetzt erkannt hat und sich für ein „zumindest attraktiveres“ Eingangstor von Kriens einsetzt.

Die SVP-Fraktion findet gemäss Martin Heiz, dass dieser Anblick nicht schön aussieht. Es stehen nicht nur Privatfahrzeuge bzw. PW's da, sondern auch ein Lastwagen. Hätte man vielleicht schneller mit dem Projekt Eichhof West vorwärts gemacht, wäre dieses Problem wahrscheinlich auch schneller gelöst. Die Frage ist, was kann man machen. Die SVP-Fraktion ist gespannt auf die Antworten vom Gemeinderat, ob die Parkplätze bewilligungspflichtig sind oder nicht. Daran wird es sich entscheiden. Wenn es bewilligungspflichtig ist, muss die Gemeinde sofort reagieren und den Kanton auffordern, dass er entweder ein Baugesuch einreicht oder eine Bewilligung einholt. Sonst müsste man dies absperren, dass nicht mehr parkiert werden kann.

Thomas Lammer von der FDP-Fraktion möchte gerne den aktuellen Stand zu Frage 2 mit dem Kanton wissen.

Die SP/JUSO-Fraktion ist laut Raphael Spörri von der Beantwortung der Interpellation Kobi enttäuscht. Die Antworten sind schwammig. Es scheint auch so, als hätte der Gemeinderat Angst vor dem Kanton gehabt. Mit seinen Antworten weicht der Gemeinderat den Fragen aus. Erst in der Antwort zu Frage 4 erhält man einen Zeitplan was denn nun beim „Tor von Kriens“ geplant ist und welche Abhängigkeiten diese Situation hat. Die JUSO/SP-Fraktion fordert den Gemeinderat auf, gegenüber dem Kanton in dieser Sache energischer und konsequenter aufzutreten und so schnell wie möglich eine Lösung zu suchen. Dabei soll nicht vergessen werden, dass auch unter der Ausfahrt der A2 aus dem Sonnenberg eine sinnvolle und qualitativ gute Umgestaltung möglich ist.

Gemäss Matthias Senn hatte der Gemeinderat Freude an diesem Vorstoss, weil es ein Anliegen ist, welches er auch schon besprochen hat. Der Gemeinderat ist mit der Situation auch nicht zufrieden. Er muss im Baurecht aber nicht belehrt werden, da man genügend kompetente Mitarbeiter hat. Es ist nicht so, dass etwas Widerrechtliches gebaut wurde. Es ist eine Nutzung von parkieren und zum Teil mit Güterumschlag. Die Nutzung wird nicht vom Eigentümer gemacht, sondern von Fremden. Der Eigentümer verhindert diese Nutzung jedoch nicht. Das Baudepartement hat zurzeit genügend zu tun mit widerrechtlich gebauten Bauten. Die Antwort von der Dienststelle Immobilien war enttäuschend. Bevor der Vorstoss veröffentlicht wurde, hat der Gemeinderat dieses Schreiben mit dem Vorschlag zugestellt. Man hat aber keine Antwort erhalten. Im August 2014 wurde per Mail nachgefragt und man erhielt wieder keine Antwort. Der zuständige Sachbearbeiter konnte diese Woche telefonisch auch nicht erreicht werden. Der Gemeinderat hofft, dass man die Antwort demnächst erhält. Sonst muss man sich überlegen, ob es andere Massnahmen aus dem Baurecht geben würde.

Erich Tschümperlin hat eine Anschlussfrage. Gemäss Matthias Senn ist es keine Frage des Baurechts. Ihn interessiert, wenn auf diesem Grundstück keine Parkplatzbewirtschaftung ist, dann ist doch der Eigentümer verpflichtet, dass dieses Grundstück nicht rechtswidrig genutzt wird. Wenn er hört, dass sich diese Dienststelle gar nicht erreichen lässt, ist dies schon ein widerrechtlicher Zustand. Er nimmt an, dass keine Bewilligung vorliegt um das Areal als Parkplatz nutzen zu können. Es stellt sich auch die Frage von Versicherung, Öl im Boden etc. Kann der Besitzer sagen, dass es im egal ist was dort geschieht? Ist der Grundeigentümer haftbar für sein Grundstück?

Wenn Davide Piras sein Velo eine ganze Woche am Bahnhof Luzern stehen lässt, wird dieses abgeschleppt und zu den Veloparkplätzen verschoben. Dort sagt man, dass dies widerwillig ist. Diese Autos sind auch widerwillig. Hier macht man einfach die Augen zu. Es muss etwas gemacht werden, auch weil es absolut nicht schön aussieht. Die Gemeinde muss sagen so geht es nicht.

Gemäss Matthias Senn ist die Schwierigkeit, dass es kein öffentlich- oder privatrechtliches Parkverbot gibt. Rein strassenrechtlich darf man dort parkieren. Die Polizei kann nicht büssen. Darum kommt man wieder zum Baurechtlichen. Es ist schwierig, dass dies baurechtlich vor Gericht standhalten würde, weil dies ein Platz ist, welcher bisher als Umschlagplatz genutzt wurde und die Nutzung nie geändert wurde. Dem Gemeinderat wäre es lieber, wenn hier vom Eigentümer freiwillig etwas gemacht und dies unterbunden wird.

13. Beantwortung Interpellation Hahn: flexibles Rentenalter für Gemeindeangestellte **Nr. 114/14**

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Peter Portmann fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Roger Erni wünscht keine Diskussion.

14. Beantwortung Interpellation B. Bienz: Verlustscheine für Steuerschulden **Nr. 117/14**

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Peter Portmann fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Bruno Bienz wünscht eine Diskussion.

Peter Portmann stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Bruno Bienz dankt dem Gemeinderat und der Steuerverwaltung für die Beantwortung seiner Fragen. Dies ist wieder einmal eine Beantwortung mit guten, kompetenten und aussagekräftigen Antworten. Bedenklich gestimmt hat ihn die Tatsache, dass die Gemeinde ca. 5'200 Verlusstscheine von ca. 27 Mio. Franken hat und dass pro Jahr ca. 400 Steuerveranlagungen nach amtlichem Ermessen vorgenommen werden müssen. Weh tun sicher auch die Abschreibungen von jährlich ca. Fr. 600'000.00. Es erinnert den Sprechenden an ein Votum vor nicht allzu langer Zeit in diesem Saal. *“Der Bürger sagt, was er dem Staat gibt und er für Steuern zahlt und nicht umgekehrt“*. Es gibt in Kriens anscheinend doch Einige, die das beherzigen. Ein Steuerinspektor wäre wahrscheinlich nicht der falscheste Ansatz. Beruhigend ist aber, dass von Seiten der Steuerverwaltung eine Top-Arbeit geleistet wird. Denn eine aktive Bewirtschaftung der Verlusstscheine ist ein Muss, da sich sonst die jährlich zahlenden Bürgerinnen und Bürger salopp gesagt „verarscht“ fühlen.

Judith Mathis-Wicki, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, führt aus, dass die Zahlen, die da vorgelegt werden, erschrecken und aufhorchen lassen. 600 Verlusstscheine mit einem Gemeindesteueranteil von 1.58 Mio. Franken verjähren auf den 1. Januar 2017, wenn nichts unternommen wird. Jahr für Jahr werden über eine halbe Million Franken abgeschrieben, zumeist aus Verlusstscheinen. Insgesamt besitzt die Gemeinde 5'200 Verlusstscheine mit einem Gemeindesteueranteil von 13.5 Mio. Franken. Geld, das der gequälten Krienser Gemeindekasse fehlt und auf das man dringend angewiesen ist. Es scheint zu viele Bürgerinnen und Bürger zu geben, die zwar von einem funktionierenden Gemeinwesen profitieren, aber nicht gewillt sind ihre veranlagten Steuern zu bezahlen. Man fragt sich, was hier falsch läuft. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion denkt, dass es sich lohnt, hier möglichst frühzeitig zu intervenieren und nicht abzuwarten bis Verlusstscheine vorliegen. Es müssen neue Mittel und Wege gefunden werden, um mit säumigen Zahlern frühzeitig Vereinbarungen auszuhandeln, um an das geforderte Steuergeld zu kommen. Die Gemeinde kann nicht warten, bis es zur Pfändung kommt und andere Gläubiger zuvorkommen. Dieser Einsatz wird Personalressourcen kosten, aber es wird sich mittel- bis langfristig lohnen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion könnte sich vorstellen, dass man ein Früherfassungssystem einrichten sollte, vergleichbar wie es heute die IV macht. Gewisse Faktoren werden frühzeitig darauf hinweisen können, dass jemand die Steuern nicht bezahlen wird. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist nicht davon überzeugt, dass es reicht, über LuTax eine reine „Verlusstscheinbewirtschaftung“ einzurichten oder zu verbessern. Es muss aktivere Faktoren geben. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist davon überzeugt, dass es sich lohnt, diesem Thema Beachtung zu schenken und erwartet vom Gemeinderat, dass er den Einwohnerrat über die Entwicklung auf dem Laufenden hält.

Gemäss Roger Erni, FDP-Fraktion, geht es darum, dass er ein Protokoll des Gemeinderats von Egerkingen hat. Dies war auch ein Thema in den Medien. Die Gemeinderätin hat gesagt: *“Der Gemeinderat hat die Nase voll von renitenten Steuerschuldnern. Unbeantwortete und unbefriedigend beantwortete Schreiben auf Mahnungen oder Androhungen werden zur Folge haben, dass diese Schuldner anlässlich der nächsten Gemeindeversammlung namentlich publik gemacht werden.“* Dies führte zu Diskussionen über den Datenschutz, wo allenfalls zu Täterschutz bzw. Schuldnerschutz führt. Der Gemeinderat hat nicht den Mut etwas anderes in die Beantwortung einfließen zu lassen und verweist nur auf das LuTax. Es hätte kreativere Vorschläge gebracht werden können, wie z.B. dass jemand an die Tür der Schuldner klopft. Der Deckmantel des Datenschutz soll etwas aufgemacht werden. Die Gemeinde muss sagen, dass dies so nicht geht. Es ist der pure Wahnsinn, dass die Gemeinde 5'200 Verlusstscheine in der Höhe von 13.5 Mio. Franken hat. Schulden machen ist heutzutage überhaupt kein Problem. Mit diesen Vorgaben wird den Jungen beigebracht Schulden zu machen. Deshalb muss man sich nicht fragen, weshalb es so kommt. Bei den 600 Verlusstscheinen, welche verjähren, muss Druck aufgesetzt werden. Wenn Druck aufgesetzt wird, kommt ein Schuldner und macht einen Abzahlungsplan. Diese werden zu wenig angegangen. Die FDP-Fraktion ist gespannt, ob hier mal etwas gemacht wird.

Laut Mario Urfer von der SP/JUSO-Fraktion zeigt die Interpellation, dass die Verlustscheinbewirtschaftung verbessert wird und auch verbessert werden muss. Die jährlichen Abschreibungen bis zu fast Fr. 800'000.00 sind erschreckend hoch. Aus der Beantwortung geht hervor, dass die Gemeinde alles rechtmässige unternimmt, um durch das Steuerinkasso die Verlustscheine zu bewirtschaften. Die Investition in das neue Softwaremodul Verlustscheinbewirtschaftung lohnt sich, konnte doch Jahr für Jahr leicht höhere Erträge einkassiert werden, wenn auch nicht mehr mit viel höheren Erträgen zu rechnen ist. Es ist in vielen Bereichen wirtschaftlich und gesellschaftlich bekannt, dass die Zahlungsmoral schlechter wurde. Dies alleine dürften wohl nicht die Gründe sein. Aus der Beantwortung ist nicht ersichtlich, was die Ursachen sind, dass 400 Menschen Jahr für Jahr in einem finanziellen Dilemma stecken. Die Gemeinde besitzt 5'200 Verlustscheine, die sich auf 13.5 Mio. Franken belaufen. Für die SP/JUSO-Fraktion stellt sich die Frage, kann die Ursache an der Wurzel angepackt werden und wie.

Erich Tschümperlin, Grüne/JG-Fraktion, hat sich über die Aussage von Roger Erni über die inovativen Ansätze gefreut. Er sagte, man könnte Sozialarbeiter vorbeischicken. Dieser heisst Steuerinspektor, welcher vor nicht allzu langer Zeit im Einwohnerrat vorgeschlagen wurde. Es wurde dazumal von der enormen Steuerehrlichkeit diskutiert. Heute sieht man, dass die Steuerehrlichkeit drastisch schlechter wurde. Dies hat man nun schwarz auf weiss. Es ist enorm. Vielleicht findet man sich und bringt den Vorstoss noch einmal. Dann hofft man auch auf die Unterstützung von Roger Erni.

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf tut dieser Betrag sehr weh. Es sind 13.5 Mio. Franken, welche die Gemeinde nicht erhält. Dies entspricht den Kosten der Badi Kriens, worüber immer diskutiert wird. Es würde sie sehr interessieren, wie sich die Steuerschuldner zusammensetzen. Sind das solvente Personen, die zahlen könnten oder verschuldete Personen, die die Steuern schlichtweg nicht bezahlen können? Macht die Gemeinde Akontozahlungen oder wie wird das gelöst? Ende Jahr haben halt viele das Geld nicht übrig für die Steuern.

Verena Wicki Roth hat ausgerechnet, dass bei 600 Verlustscheinen dies einen durchschnittlichen Betrag von Fr. 5'266.00 ergibt. Das sind nicht arme Schlucker, sondern gut situierte Personen, welche knapp bei Kasse sind und Schulden haben. Dies erschreckt sie sehr. Seit Jahren gibt es Botschaften in der Gemeinde, die sagen, dass Steuern bezahlen nicht konform und Steuergelder dem Gemeinwesen zur Verfügung zu stellen nicht sexy ist. Diese Botschaften zeigen Wirkung. Die Sprechende ist etwas enttäuscht darüber, dass die SVP-Fraktion keine Stellungnahme gemacht hat.

Laut Räto Camenisch findet dies die SVP-Fraktion natürlich eine Katastrophe, wenn so viel Geld abgeschrieben werden muss. Sie haben nichts gesagt, weil sie zum Teil wissen woher die Steuerschuldner kommen. Man sieht dies auch viel bei der BRK. Die Frage ist, was man im Gemeinwesen mit diesen Personen macht. Die Gemeinderätin von Egerkingen hat diese Person an den Pranger gestellt und wurde dafür bestraft, da sie das Datenschutzgesetz verletzt hat. Immerhin war sie mutig und hat etwas gemacht. Einer der die Steuern nicht bezahlt, fährt auf den Gemeinestrassen, schickt seine Kinder in die Schule, bezieht womöglich noch Sozialhilfe usw. Die SVP-Fraktion ist durchaus bereit auch Fantasie zu entwickeln, was man diesen Leuten zum Beispiel sperren oder vorenthalten könnte. Könnte man diesen Leuten nicht einfach mal das Auto wegnehmen und sagen, dass sie es erst wieder erhalten, wenn sie die Steuern bezahlt haben. Das ist die Meinung der SVP-Fraktion. Sie möchten sich nicht nur auf das normale Betreibungsrecht stützen, welches für jeden gilt, sondern wirklich schauen was gemacht werden kann, damit dies aufhört. Es gibt wirklich Personen, die die Steuern nicht bezahlen können. Aber hier ist das Steueramt jederzeit bereit Abkommen abzuschlies-

sen. Das sind aber Personen, die sich bemühen die Steuern zu bezahlen. Darum hätte die SVP-Fraktion die viel aggressivere Haltung, als das man jetzt so allgemein macht.

Brahim Aakti präzisiert, dass Rätö Camenisch erwähnt hat, dass dies Personen sind, die sich einbürgern lassen möchten. Es ist schade, wenn so ein Vorwurf da ist. Bei Einbürgerungen sind Steuerschulden ein Hindernis. Somit wird niemand eingebürgert, der Steuerschulden hat, es sei denn es wurde ein Abkommen gemacht und sich diese Personen auch daran halten. Verena Wicki Roth hat gesagt, dass die Steuerschuldner sehr gut situierte Personen sind. Sie hat den Gesamtbetrag durch die Anzahl Verlustscheine gerechnet. Dies gibt einfach einen Durchschnitt. Wenn das über die gesamte Schweiz gemacht wird, geht es im Durchschnitt der Schweizer Bevölkerung sehr gut. Der Sprechende ist nicht sicher, ob das wirklich so ist.

Gemäss Martin Heiz hat Verena Wicki Roth die SVP-Fraktion aufgefordert Stellung zu nehmen. Die SVP-Fraktion hat nun Stellung genommen und dies passt den Anderen dann wieder nicht. Es ist manchmal besser nichts zu sagen, so provoziert man niemanden und hätte fünf Minuten mehr gespart.

Paul Winiker führt aus, dass der Interpellant gesagt hat, dass das Steueramt und das Inkasso sehr gut arbeiten. Das freut den Gemeinderat und ist auch davon überzeugt, dass dies gut gemacht wird. Wenn jedes Jahr zwischen Fr. 500'000.00 bis fast Fr. 800'000.00 abgeschrieben werden, fehlt dies in der Kasse. Andere Unternehmungen haben jedoch viel grössere Debitorenabschreibungen und ähnliche Gemeinden haben ähnliche Probleme. Es ist unmöglich die Abschreibungen auf null zu bringen. Die Höhe der Abschreibungen von Fr. 500'000.00 bis Fr. 800'000.00 ist bei 13'500 Steuerpflichtigen im Vergleich zu anderen Gemeinden im Rahmen. Es gibt immer Fälle, wo Personen die Steuern nicht bezahlen. Der Gemeinderat verwehrt sich dagegen, dass der Eindruck entsteht, dass dies solvente Leute sind, die nicht gewillt sind zu bezahlen. Weil dann würde das SchKG nicht funktionieren. Die Aussage ist diese, dass wenn eine Betreibung gemacht wird, was die Gemeinde auch macht, dann erfolgt eine Pfändung und die Konten werden geleert und Lohnpfändungen werden gemacht. Man geht auf Geldwerte los und nicht auf irgendwelche Gegenstände. Dort gelten die gesetzlichen Vorschriften. Der Pfändungsbeamte pfändet was er kann bis zum Existenzminimum. Der Gemeinderat möchte den Eindruck nicht aufkommen lassen, dass wenn jemand eine lange Zeit einfach nicht bezahlt, wird er in Ruhe gelassen. Es gibt Leute die vorbeikommen und die Altlasten loswerden möchten. Jedes Jahr holt man so Fr. 160'000.00 bis Fr. 240'000.00 von den Verlustscheinen wieder rein. Die Gemeinde ist aktiv und es funktioniert. Hier nützt auch ein Steuerinspektor nichts. Wenn letztlich nicht bezahlt wird kommt das SchKG zur Anwendung. Der Gemeinderat hält sich an die gesetzlichen Möglichkeiten. Selbstverständlich ist es störend, dass Steuerpflichtige die Steuerveranlagung nicht einreichen, auch nach mehrmaligem Mahnen nicht. Von Amtes wegen muss dann das Steueramt eine Einschätzung von Amtes wegen machen. Der Gemeinderat kann versprechen, dass in solchen Fällen der Einschätzungsverantwortliche sehr hoch bewertet, damit es dem Steuerpflichtigen weh tut. Dann wird dieser beim nächsten Mal selber eine Deklaration machen. Leider gibt es viele, bei denen es zu relativ hohen Ermessensentscheiden kommt, die diese dann auch nicht bezahlen können. Dies führt bei vielen zu Betreibungen und Verlustscheinen. Das zentrale Inkasso ist nicht locker in diesem Umgang. Das Frühwarnungssystem kommt, wenn jemand auf Ende Jahr die Steuern nicht bezahlt. Es wird eine Mahnung mit Betreibungsandrohung gemacht. Diese werden auch vorgeladen. Es gibt dann oft solche, die einen Engpass hatten oder haben und dann eine Abzahlungsvereinbarung machen. Es wird dabei geschaut, dass die Steuerlast in einem oder zwei Jahren heruntergeht und diese auf Ende Jahr dann wieder à jour sind. Dies wird vom Steueramt aktiv gemacht. Die Steuern müssen auf den 31. Dezember jedes Jahr bezahlt werden. Gewissen würde es gut tun, dies quartalsweise unter dem Jahr zu bezahlen.

15. Postulat Kobi: Tagesbetreuung für Menschen mit Demenz zur Entlastung von Angehörigen Nr. 128/14

Gemäss Peter Portmann opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieser Motion.

Tomas Kobi dankt dem Gemeinderat für die wohlwollenden Eintretens-Sätze in seiner Begründung. Der Gemeinderat teilt ja grundsätzlich die Meinung des Postulanten. Er kann jedoch der Argumentation des Gemeinderats nicht ganz folgen, wenn er schreibt, dass die Nachfrage nach Entlastungsplätzen zurzeit gering ist und er hofft, dass mit der Gründung der Krienser Infostelle Gesundheit (KIG) infolge besserer Informationen die Nachfrage zunimmt. Der Gemeinderat müsste sich doch auch die Frage stellen, wie es dazu kommt, dass das Angebot nicht genutzt wird. Er möchte darlegen, weshalb es wichtig ist dieses Postulat zu überweisen. „*In Zukunft soll verstärkt der Grundsatz 'ambulant vor stationär' umgesetzt werden, damit Pflegebedürftige möglichst lange zu Hause gepflegt werden können*“, erklärte Regierungsrat Guido Graf. Deshalb sei auch die bestmögliche Unterstützung der privaten Betreuungspersonen sehr wichtig, so Guido Graf in einer Medienmitteilung vom November 2013. Auch der Gemeinderat stellt diese Aussage nicht in Abrede, sondern betont dies bei jeder Gelegenheit, wie beim Versorgungskonzept Gesundheit und Alter Kriens. Pflegende Angehörige tragen eine Zusatzbelastung, die sie neben ihrem Alltag leisten müssen. Einen Menschen zu pflegen kann Belastung, Freizeiteinschränkung und finanzielle Einbussen bedeuten, ebenfalls muss man häufig abrufbereit sein. Der Mittelpunkt des Alltags von pflegenden Angehörigen ist oftmals die zu betreuende Person. Diese bestimmt weitgehend den Tagesablauf pflegender Angehöriger. Tatsache ist, dass sich durch die Erkrankung der pflegebedürftigen Person und dem daraus resultierenden Mehraufwand das soziale Leben der pflegenden Angehörigen, Aktivitäten sowie Freizeitgestaltung verändert. Pflegende Angehörige räumen ein, dass sie keine oder kaum Auszeit haben. Die Pflege und Betreuung eines Menschen mit Demenz bedeutet für seine Angehörigen eine Bereitschaft rund um die Uhr. Durch die ständige Anforderung sind die Angehörigen gefährdet, sich körperlich und seelisch zu überfordern und letztlich selber zu erkranken. Um dem vorzubeugen, sind so genannte niedrigschwellige Betreuungsangebote wichtig. Ziel dieser Angebote ist es, durch die Entlastung der Angehörigen, eine Betreuung des Erkrankten zu Hause länger zu ermöglichen. Tages- sowie Nachtplätze erlauben es eben den Angehörigen eine Auszeit zu nehmen. Tagesstätten übernehmen stunden- oder tageweise die Betreuung von Menschen mit Demenz. „*Angehörige brauchen Unterstützung und Entlastung*“, so Sandra Baumeler, Geschäftsleiterin der Alzheimervereinigung Luzern. Diese Aussage kann Tomas Kobi voll und ganz unterstützen, zumal die Pflege, Begleitung und Betreuung zu Hause pro Demenzkranken und Jahr Fr. 55'000.00 kostet, im Heim hingegen Fr. 69'000.00. Vergleicht man nur die direkten Kosten, also ohne die unentgeltlichen Leistungen der Angehörigen, kostet ein Aufenthalt zu Hause sogar 87 Prozent weniger als im Heim. Die ablehnende Haltung des Gemeinderates ist, dass die Nachfrage nach Entlastungsplätzen zurzeit zu gering ist, um die vier Plätze nur für die Entlastungsangebote zu Verfügung zu halten. Der Sprechende fragt den Gemeinderat, was er unternommen hat, um mögliche Gründe in Erfahrung zu bringen, welche diese Aussage stützen würde.

- Inwieweit wurde nach der Befindlichkeit der pflegenden Angehörigen in Kriens nachgefragt?
- Welche Belastungen oder Probleme erfahren sie?
- Welche unterstützenden Angebote oder Entlastungen kennen oder benutzen sie und welche nicht?

Interessant zu wissen wäre, ob Entlastungen zu wenig angeboten werden oder ob das Wissen über das Vorkommen der Möglichkeit einer Entlastung nicht vorhanden ist. Das Angebot an Entlastungsmöglichkeiten variiert auch rund um die Stadt Luzern. Seiner Meinung nach ist es ebenso wichtig hinzuschauen, welche Gründe vorliegen, wenn Angebote nicht genutzt werden. Liegt es am Bekanntheitsgrad, wo und wie wird es kommuniziert? Wie sieht es mit Öffentlichkeitsarbeit aus? Wie steht es mit der Flexibilität oder mit den Kosten? Auch die wei-

chen Faktoren sind entscheidend. Hilfe annehmen ist nicht einfach, Schuldgefühle plagen die Angehörigen. Angehörige geben "ihre" Person ungern ab. Wie steht es mit der Qualität des Angebots? Entlastungsangebote müssen für die Angehörigen einen klaren Nutzen erbringen. Wenn bereits die Koordination, die Vorbereitung, das Bringen und Holen der Person mit Demenz und die entsprechende Unruhe und Aufregung zu viel Zeit und Energie rauben, dann lohnt sich der Aufwand nicht. Auch für die direkt Betroffenen mit Demenz ist es wichtig, dass sie nicht in ein Pflegeheim gehen müssen, dass zufällig Platz frei hat für eine mögliche Tagesbetreuung wie im 2. Obergeschoss des Alters- und Pflegeheim Grossfeld. Diese Menschen brauchen eine Tagesbetreuung, die für Entlastungsangebote ausgerichtet ist, mit dem entsprechenden qualifizierten Personal, welches mit herausfordernden Situationen bei Menschen mit Demenz umgehen kann. Tomas Kobi glaubt nicht, dass mit der Gründung der Krienser Infostelle Gesundheit (KIG) infolge besserer Informationen die Nachfrage zunimmt, so wie dies der Gemeinderat vorgibt. Hier muss der Gemeinderat aktiv werden und entsprechend handeln d.h. Angebote anbieten und publik machen. Dies auch im Sinne einer glaubwürdigen Demenzstrategie. Der Sprechende bittet darum das Postulat zu überweisen.

Kathrin Graber führt im Namen der SGK aus, dass die Gemeinde Kriens über vierzehn Pflegeplätze für Personen mit Demenz verfügt. Davon werden vier Plätze für Tages- und Nachtplätze für demenzkranke Personen geführt, um die Angehörigen entlasten zu können. Dieses Angebot wird in Kriens überraschend schlecht genutzt. Die Betten bleiben jeden Monat mehrere Tage leer und unbenutzt. Leere Betten kosten die Gemeinde. Zudem stellt sich die Frage, weshalb diese Betten und dieses Angebot, das bei einer Gemeinde mit 26'000 Einwohnern sicher nicht zu gross bemessen ist, so schlecht genutzt wird. Im aktuellen Zeitpunkt scheint es der SGK nicht angebracht, die Einführung eines Tagesheims zu prüfen, um pflegende Angehörige zu entlasten. Die SGK lehnt den Vorstoss in der vorliegenden Version einstimmig ab. Es fand eine sehr konstruktive Kommissionssitzung statt. Diese ergab, dass man aufgrund des Vorstosses trotzdem Handlungsbedarf sieht. Die SGK ist der Ansicht, dass das Angebot für diese vier Plätze besser publik gemacht werden muss. Hier ist zum einen der Hinweis auf der Homepage der Heime prominenter darzustellen. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, dass die Spitex pflegende Angehörige, die am Limit laufen, auf das Angebot aufmerksam machen. Die Spitex weist auf dieses Angebot bereits in ihrem Faltblatt darauf hin, dass sie bei den Patienten verteilt. Es ist auch sicherzustellen, dass die Demenz-Hotline über die Information für diese vier Pflegeplätze verfügt und diese daher weitergeben kann. Auch von der neuen Krienser Infostelle Gesundheit erwartet die SGK bessere Informationen über das Angebot. Die SGK ist sich sicher, dass wenn diese Massnahmen getroffen werden, auch das Angebot besser genutzt wird. Diese Anregungen hat der Sozialvorsteher in der SGK-Sitzung entgegengenommen. Parallel dazu verlangt die Mehrheit der Kommissionsmitglieder, dass die Ursachen abgeklärt werden, weshalb von diesem Angebot nicht Gebrauch gemacht wird. Ist es einzig, weil das Angebot wenig bekannt ist? Oder ist es das Pflichtbewusstsein der betroffenen Angehörigen, dass sie ihre kranken Angehörigen nicht in einem Heim „abgeben“ wollen? Oder ist das Angebot für die Leute zu teuer? Es ist wichtig, die genauen Ursachen zu kennen, damit das Angebot je nachdem noch optimiert werden kann. Auch diese Abklärungen will der Sozialvorsteher treffen. Die SGK dankt dem Gemeinderat, dass er das Angebot besser publik machen will und schaut der Berichterstattung über die Ursachen der schlechten Nutzung der vier Plätze in der SGK mit Interesse entgegen.

Laut Verena Wicki Roth ist sich die CVP/JCVP/GLP-Fraktion bewusst, dass in Kriens die Gesellschaft, wie überall, in einem starken Alterungsprozess steht. In Kriens leben zurzeit rund 5'450 Personen, die älter als 65 Jahre sind. Das macht doch 20 % aus. Auf die Entwicklungen im Gesundheitswesen im Seniorenbereich muss die Gemeinde ein besonders aufmerksames Augenmerk legen, da es sich in kurzer Zeit rasch verändern könnte. Kriens muss sich auf die Veränderungen der alternden Gesellschaft vorbereiten und die Betreuungs- und Pflegestrukturen auf die betagten und dementen Senioren ausrichten. Deshalb hat die CVP/JCVP/GLP-Fraktion das Postulat von Tomas Kobi interessiert zu Kenntnis genommen und diskutiert. In der Antwort des Gemeinderates sieht man, dass die vier Plätze für die Tages- und Nachtent-

lastung von Demenzkranken nicht voll ausgenutzt sind, obwohl es eine sehr kleine Anzahl von Plätzen ist. Die bestehenden Strukturen sind vorhanden und der Bedarf kann jederzeit ändern. Es ist doch erstaunlich, dass bei einer so hohen Anzahl von älteren und betagten Personen die Plätze nicht genutzt werden, zumal man weiss, dass Altersdemenz ein weit verbreitetes Thema ist. Viele Demenzkranke werden von ihren Familienangehörigen betreut, die eine sehr wertvolle und achtungsvolle Arbeit leisten. Doch schätzt man ein, dass sich in den Krankheitsphasen der Dementen die Situation rasch verändern könnte oder die Pflegenden Angehörigen überlastet oder selbst krank werden. Es stellen sich die Fragen, aus welchen Gründen diese Plätze zu wenig genutzt werden, entspricht das Angebot dem Bedarf und dient es den Kranken und den Angehörigen zu wenig. Sicherlich ist die Information über das Angebot zu verstärken. Die Website der Gemeinde muss ergänzt werden, die Spitex soll bei Kontakten in den Familien aktiv informieren. Die neue Infostelle Gesundheit (KIG) muss dieses Thema auch aktiv aufnehmen und die Betroffenen informieren. Auch stellt sich die Frage, ob die Kosten eine Rolle spielen und wenn ja, weshalb. Hier müsste bei den Betroffenen noch genauer nachgefragt werden. Vor wenigen Tagen hat der Kanton Luzern einen Kick-off zur Lancierung einer Demenz-Strategie gemacht. Kriens könnte sich hier aktiv beteiligen, um Erfahrungen zu sammeln und die Strategie mitzugestalten. Ebenfalls ist zu hoffen, dass damit auch Rückschlüsse für die Demenz-Strategie in Kriens gewonnen werden. Aus diesen Gründen ist die CVP/JCVP/GLP-Fraktion der Meinung, dass die Forderung des Postulats den Betrieb eines Tagesheimes aufzugleisen zum heutigen Zeitpunkt zu weit geht. Doch ist sie interessiert, dass das Thema aktiv bearbeitet und bei Bedarf Massnahmen geplant und umgesetzt werden. Aus diesen Gründen lehnt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion das Postulat ab.

Die SVP-Fraktion findet gemäss Katja Staub, dass es zurzeit genügend freie Plätze hat. Zudem gibt es ein Pflegezentrum im Obernau, welches ein ähnliches Angebot für die Tagesbetreuung von Dementen anbietet. Es gibt den roten Faden in Luzern, welcher ebenfalls von der Albert Köchli Stiftung eine Tagesbetreuung anbietet. Das ist aus Sicht der SVP-Fraktion ein genug grosses Angebot. Deshalb sieht sie keine Notwendigkeit das Postulat zu unterstützen und lehnt es ab.

Mara Dalla Bona schildert im Namen der FDP-Fraktion, dass der Postulant den Gemeinderat beauftragt hat abzuklären, inwieweit es möglich ist, eine Tagesbetreuung für pflegebedürftige Demenzkranke in Form eines Tagesheims anzubieten. Es ist wichtig, dass die Angehörigen von pflegebedürftigen Menschen mit Demenz entlastet werden. Der Druck und zum Teil auch die psychische Belastung für die Angehörigen ist gross und es ist wichtig, dass diese unterstützt werden. Daher hat es die FDP-Fraktion sehr erfreut, dass es in der Gemeinde Kriens schon eine Tages- und Nachtentlastung, sowie Kurzaufenthalte für Demenzkranke gibt. Daher lehnt die FDP-Fraktion dieses Postulat im Sinne des Gemeinderates ab, da auch sie überzeugt ist, dass die Dienstleistung in genügender Form vorhanden ist und man den Bedarf jeder Zeit anpassen kann.

Gemäss Esther Bieri, SP/JUSO-Fraktion geht es im Postulat Kobi um die Frage der Entlastungspflege für Angehörige von dementiell Erkrankten. Diese Entlastungspflege findet in einem limitierten Zeitfenster der Demenzkrankheit statt. Der Leidensdruck der pflegenden Angehörigen ist in dieser Zeit bereits sehr stark geworden, aber für eine permanente Überweisung in eine Langzeitpflege-Institution ist er jedoch noch zu gering. Entlastungspflege bedeutet in erster Linie, dass den unermüdeten Pflegenden eine Auszeit von ihrer permanenten Verantwortung eingeräumt wird. Es ist sehr wichtig, dass pflegende Angehörige ermutigt werden, Hilfe in Anspruch zu nehmen, denn das Risiko, dass sie ausbrennen ist hoch. Die Bedürfnisse der pflegenden Angehörigen einerseits und jene der Menschen mit Demenz sind nicht immer deckungsgleich. Es gilt, nach Lösungen zu suchen, die für beide Seiten stimmen. Primär richtet sich die Tages- und Nachtbetreuung nach den Bedürfnissen, Vorlieben und Fähigkeiten von den Menschen mit Demenz. Dabei ist es wichtig, dass die Angehörigen die Gewissheit

haben, dass die betroffene Person in einer angepassten Umgebung sicher und geborgen ist. Die Sprechende hat mit Bruno Bienz am 14. Mai 2013 die Demenzabteilung besucht. Sie haben auch den Lindenträff mit diesen vier Plätzen gesehen. Im Lindenträff sind aktuelle Konzepte wie jenes von Böhm und das Normalisierungsprinzip eingeführt. Das Personal ist geschult und die Zimmer sind da, aber die Betten leider leer. Deshalb muss man die Gründe für diese leeren Betten ganz genau kennen. Aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion muss folgendes geklärt werden:

- Sind mit dem Lindenträff die richtigen Strukturen geschaffen? Entspricht das Angebot den Bedürfnissen?
- Wie ist die Zusammensetzung der Gruppe? Funktioniert die?
- Ist es verträglich, dass "Konstante Bewohner" mit Tagesgästen in einer Gruppe wohnen?
- Es ist leider nicht so, dass Kriens nicht betroffen ist von Demenz. Es muss also abgeklärt werden, wohin die Demenzbetroffenen gehen, wenn sie das Angebot im Lindenträff nicht nutzen. Welche Player gibt es noch auf dem Markt? Decken sie qualitativ wie quantitativ das Versorgungsbedürfnis ab?

Noch etwas zu den Kostendimensionen. Wenn pflegende Angehörige im Einsatz sind, ist das immer Freiwilligenarbeit. Es kostet die Öffentliche Hand nichts. Es ist also sehr im Interesse der Gemeinde Kriens, wenn sie ihres dazu beiträgt, dass pflegende Angehörige bei Kräften bleiben und für Entlastungsangebote sorgt. Die Sprechende persönlich findet, dass die bestehenden Strukturen analysiert werden sollten und dass ein gutes, bedürfnisorientiertes Angebot darauf aufgebaut werden muss. Es muss nicht, wie dies der Postulant fordert, den Betrieb eines Tagesheims sein. Das schränkt die Lösungsfindung ein. Das ist der einzige Grund, weshalb Esther Bieri das Postulat ablehnt. Die restlichen Mitglieder der SP/JUSO-Fraktion haben dem Postulat aber zugestimmt.

Tomas Kobi, Grüne/JG-Fraktion, sagt, dass Katja Staub auf das Angebot von Pflugi Luzern im Obernau verweist. Der Sprechende hat sich die Homepage angeschaut und festgestellt, dass beim Pflugi Luzern die Stärken vor allem in folgenden Gebieten liegen:

- Körperbezogen: Rehabilitationspflege, Passive Gelenkmobilisationsgymnastik (für gelähmte Körperpartien), Mobilisationstraining, Beweglichkeitsfördernde Gymnastik, Feinmotorikförderung, Krafttraining für Behinderte usw.
- Gedächtnisbezogen: Sprach - und Leseübungen für Aphasiker (eine erworbene Störung der Sprache z.B. aufgrund einer Schädigung in der dominanten, meist der linken, Hemisphäre des Gehirns), Rechnungsübungen, Schreibübungen

Das sind jedoch nicht unbedingt primäre Angebote für Menschen mit Demenz, sondern rein rehabilitative Interventionen. Die Pflugi Luzern hat zurzeit eine Person mit Demenz, welche tagesweise betreut wird. Auf Rückfrage des Sprechenden ist diese Institution jedoch nicht dafür ausgerichtet Personen mit Demenz aufzunehmen, welche Verhaltensauffälligkeiten zeigen wie z.B. Erregung, Rastlosigkeit, Enthemmung oder aggressives Verhalten. In diese Institution können Menschen mit einer Demenz aufgenommen werden, welche eine leichte bis mittlere kognitive Einschränkung aufweisen. Solche kognitiven Einschränkungen sind häufig nicht das Hauptproblem für die Angehörigen. Es zeigt sich deutlich, dass entsprechende konkrete Angebote für pflegebedürftige Menschen mit Demenz in Kriens fehlen. Übrigens bietet das Betagtenzentrum Eichhof, Luzern ab 1. Oktober 2014 folgende Entlastungsangebote an: Aufenthalt Temporärbett, Aufenthalt Tagesheim / Tagesheim mit Übernachtung und Kurzaufenthalt für eskalierte, soziale Situationen. Auf der Homepage findet man die Angebote. Ein Tagesheim heisst nicht eines zu bauen. Dem Sprechenden geht es darum, dass man Strukturen zur Verfügung stellt, welche die Betroffenen nutzen können.

Räto Camenisch findet das Postulat völlig unnötig. Mit einem Telefon an den Sozialvorsteher hätte man sich über die Situation in Kriens erkunden können. Dieser hätte dann gesagt, dass

man leere Betten hat. Der Sprechende hat auch ein bisschen Erfahrung in diesem Gebiet. Demenz kommt ja meistens nicht über Nacht, sondern ist ein langsamer Prozess. Meistens sind ältere Ehepaare davon betroffen. In einer ersten Phase wird dies noch verdeckt. Irgendwann ist dies aber nicht mehr möglich. Dann kommt meistens der Moment, wo der gesunde Partner Hilfe braucht und eine solche Tagesstruktur wichtig ist. Darum hat die Gemeinde Kriens auch so eine eingerichtet. Warum wird das Angebot nicht genutzt? Nicht weil man es nicht kennt. Jeder Arzt weiss, dass es dies gibt. Diese Personen wollen nicht, weil es zu teuer ist. Für ein Rentnerehepaar ist dies eine Finanzierungsfrage. Viele schämen sich auch dafür und wollen dies nicht. Das ist eigentlich der Haupthintergrund. Man will keine Plätze schaffen, damit diese besetzt werden. Die Gemeinde ist kein Hotel. Es werden Plätze geschaffen, wenn solche wirklich gebraucht werden. Dem Sprechenden gefällt es nicht wenn man sagt, dass mit der neuen Informationsstelle die Betten ausgelastet sein werden. Die Infostelle ist doch nicht da um Bedürfnisse zu schaffen, sondern um die Bevölkerung zu orientieren. Man soll nicht die Leute überreden, damit die Tagesstätte ausgelastet ist. Die Gemeinde würde auch Hand bieten, wenn die Nachfrage steigen würde. Der Partner muss sagen, dass er auch mal etwas Zeit für sich braucht. Diese Aufgabe kann auch jemand in der Familie übernehmen. Darum ist Rätocamenisch für die Ablehnung des Postulats, weil das Problem gelöst ist.

Gemäss Lothar Sidler ist es unbestritten, dass Tagesplätze Sinn machen. Der Zweck der Tagesplätze wurde schon länger erkannt. Der Gemeinderat hat dies im Versorgungskonzept Gesundheit und Alter Kriens und in der Machbarkeitsstudie Grossfeld aufgezeigt. Im Jahr 2012 hat er im Heim den Auftrag gegeben vier Tagesplätze einzurichten. Auf der anderen Seite ist es Fakt, dass das Angebot nicht gebraucht wird. Man muss jetzt klären, weshalb dies so ist. Man weiss, dass es immer mehr demente Leute gibt und die Pflegenden das Bedürfnis haben, die zu pflegenden Personen abzugeben. Dies kann verschiedene Ursachen haben. Vielleicht stimmt die Information darüber noch nicht ganz. Dort setzt der Gemeinderat auch auf die neugeschaffene Infostelle. Die KIG muss schauen, dass dieses Angebot auch gebraucht wird. Der Sprechende widerspricht noch Rätocamenisch. Die KIG soll aktiv dieses Angebot anbieten. Es kann nichts Schlimmeres passieren, als dass die Angehörigen keine Kraft mehr haben. Plötzlich sind dann zwei Personen pflegebedürftig. Dort braucht es auch Überzeugungsarbeit, dass man hin und wieder die Leute in die Tagespflege abgeben und der Pflegenden verschlafen kann. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Kriens das Angebot hat. Die Ursachen müssen jedoch noch geklärt und die fehlende Information muss noch verbessert werden.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Kobi: Tagesbetreuung für Menschen mit Demenz zur Entlastung von Angehörigen (Nr. 128/14)

Das Postulat wird mit 22:9 Stimmen bei 1 Enthaltung nicht überwiesen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	nein
Bieri, Esther	nein
Camenisch, Rätocamenisch	nein
Dalla Bona, Mara	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	nein
Heiz, Martin	nein
Hofstetter, Kevin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kobi, Tomas	ja

Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfelner, Nicole	ja
Piras, Davide	nein
Schwizer, Roland	nein
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	nein
Takacs, Fabian	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	ja
Trüb, Paul	nein
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

16. Beantwortung Interpellation Tanner: Kostentreiber Soziale Wohlfahrt in Kriens **Nr. 084/13**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

17. Beantwortung Interpellation Ercolani: Heizungsanlagen in gemeindeeigenen Gebäuden **Nr. 099/14**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

18. Postulat Ercolani: Beschäftigung von Sozialhilfebezügler **Nr. 124/14**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

Schluss

Peter Portmann bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren.

Die nächste Einwohnerratssitzung findet am 6. November 2014, um 13:00 Uhr statt. Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Hofmatt.

Die Sitzung schliesst um 19:00 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Die Einwohnerratspräsident:



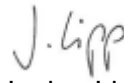
Peter Portmann

Der Gemeindeschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerin:



Janine Lipp